

**7**

10. Juli 1997 · 17. Jahrgang,
S. 158 – 183 · ISSN 1430 – 550 X

Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe

INHALT

GI Aktuell

Seite 158

GI Leitsätze

Seite 158, 179

Steuerberaterhaftung

Belehrungspflichten · Gehaltserhöhungen an beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführer · Mitverschulden?
(BGH, Urt. v. 15. 4. 1997 – IX ZR 70/96)

Seite 159

Fristenkontrolle

Berufungsbegründungsfrist · Verlängerungsantrag, § 519 II 3 ZPO · Wiedereinsetzungsfrist, § 234 I ZPO
(BGH, Beschl. v. 24. 10. 1996 – VII ZB 25/96)

Seite 162

Fristversäumnis

Anwaltsverschulden · 2-Wochen-Frist, § 234 I ZPO
(BGH, Beschl. v. 9. 10. 1996 – XII ZB 152/96)

Seite 164

Notarhaftung

Auskunftspflichten
(Brandenburgisches OLG, Beschl. v. 20. 6. 1995 – 6 W 5/95)

Seite 165

Steuerberaterhonorar

Rechnungsunterschrift · Mahnschreiben
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 5. 12. 1996 – 13 U 217/95)

Seite 167

Steuerberaterhonorar

Pauschalierungsabrede, § 14 StBGebV · Leistungsbestimmung, § 11 StBGebV · Verschwiegenheitspflicht
(OLG Köln, Urt. v. 22. 4. 1993 – 1 U 63/92)

Seite 169

Anwaltshaftung

Beschränkte Erbenhaftung · Vorbehaltserklärung · Hauptsache, Kosten
(AG Hannover, Urt. v. 24. 1. 1995 – 503 C 16463/93)

Seite 171

Abschlußprüfung

Fortsetzungsprüfung · Eingeschränkter Bestätigungsvermerk
(LG Bochum, Urt. v. 30. 9. 1996 – 3 O 163/96)

Seite 173

Steuerberaterhaftung

Rechtsberatung · Erstellung von Mietverträgen · Verweisungspflicht
(OLG Hamm, Urt. v. 6. 11. 1996 – 25 U 47/96)

Seite 175

Steuerberaterhonorar

Pauschalvergütung · Auslegung · Gebührenbestimmung, § 11 StBGebV
(OLG Köln, Urt. v. 8. 5. 1996 – 27 U 81/95)

Seite 177

GI Hinweis

Seite 179



**Neu und auf CD-ROM: Der Mandatsvertrag
Das elektronische GI-Rechtsprechungsarchiv 1980 – 1997**

GI Aktuell

Zinsbesteuerung im Veranlagungszeitraum 1993 verfassungsgemäß

Die Neuregelung der Zinsbesteuerung durch das Zinsabschlaggesetz vom 9.11.1992 (BGBl I 1992, 1853) ist jedenfalls für das Kalenderjahr 1993 nicht verfassungswidrig. Das hat der Bundesfinanzhof mit Urteil vom 18.2.1997 – VIII R 33/95 – entschieden. Zu diesem Urteil liegt nunmehr die Begründung vor.

Die Kläger (Eheleute) hatten in dem entschiedenen Fall im Streitjahr 1993 Einkünfte aus Kapitalvermögen (vorwiegend Zinseinkünfte) in einer Höhe über dem Sparerfreibetrag (12.000 DM) bezogen und diese Einkünfte ordnungsgemäß in ihrer Einkommensteuererklärung angegeben. Gegen die Festsetzung der Einkommensteuer auf diese Einkünfte wandten die Kläger ein, daß die Besteuerung der Zinseinkünfte gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung aller Steuerpflichtigen (Art. 3 des Grundgesetzes) verstoße, weil das in § 30a der Abgabenordnung festgeschriebene „Bankgeheimnis“ eine hinreichende Überprüfung der nicht vollständig erklärten Zinseinkünfte verbiete.

Diesen Argumenten folgte der Bundesfinanzhof nicht. In den nunmehr vorliegenden Urteilsgründen führten die Bundesrichter aus, § 30a der Abgabenordnung, der das Bankgeheimnis regelt, müsse entsprechend den Vorgaben der Verfassung **einschränkend** ausgelegt werden. Daraus folge insbesondere, daß § 30a der Abgabenordnung der Fertigung von **Kontrollmitteilungen** anlässlich einer steuerlichen Betriebsprüfung bei einem Kreditinstitut dann nicht entgegenstehe, wenn hierfür ein „hinreichend begründeter Anlaß“ bestehe. Ein solcher hinreichender Anlaß sei gegeben, wenn der Betriebsprüfer des Finanzamts infolge Vorliegens konkreter Umstände oder aufgrund allgemeiner Erfahrungen zu dem Schluß komme, daß die Kontrollmitteilungen zur Aufdeckung steuererheblicher Tatsachen führen könnten.

Im übrigen habe der Steuergesetzgeber bei Erlass des Zinsabschlaggesetzes jedenfalls zu-

nächst einmal die Erwartung hegen dürfen, daß die von ihm getroffenen Maßnahmen zur Beseitigung des Erhebungsdefizits bei der Zinsbesteuerung geeignet und ausreichend sein würden.

(Pressemitteilung d. BFH v. 10.6.1997, Nr. 7)

GI Leitsätze

Steuerberatungsgesellschaft mbH/ Mitgliedschaft in Industrie- und Handelskammer

Eine Steuerberatungs-GmbH ist auch dann Kammerzugehörige i.S. von § 2 Abs. 1 IHKG, wenn sich Ihr Unternehmensgegenstand auf die Steuerberatung i.S. von § 33 StBerG beschränkt; die daraus folgende gleichzeitige Pflichtmitgliedschaft sowohl in der Steuerberaterkammer als auch in der Industrie- und Handelskammer begründet weder eine verfassungswidrige Ungleichbehandlung gegenüber den Handwerkerkaufleuten i.S. von § 2 Abs. 3 IHKG in seiner bis zum 31.12.1993 geltenden Fassung noch eine unzulässige Doppelbelastung durch die jeweils zu entrichtenden Kammerbeiträge.

(OVG NRW, Urf. v. 24.2.1997 – 25 A 2531/94)

Zustellung von schriftlichen Verwaltungsakten

Die Vorschriften des VwZG über die Zustellung von schriftlichen Verwaltungsakten (insbesondere mit Postzustellungsurkunde sowie mittels eingeschriebenen Briefes) sind unverändert anwendbar. Im übrigen ist die Auffassung zu vertreten, daß trotz der Strukturänderungen im Bereich der Post die Bekanntgabefiktion des § 122 Abs. 2 AO 1977 unverändert weitergilt.

(OFD Hannover, Vfg. v. 2.1.1997 – S 0284 – 25 – St H 551, LEXinform 0138160)

Anmerkung:

Vgl. zu diesem Thema: Späth, DStR 1996, 1723.

Steuerberaterhaftung

- Belehrungspflichten
- Gehaltserhöhungen an beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführer
- Mitverschulden?

(BGH, Urt. v. 15.4.1997 - IX ZR 70/96)

Leitsätze (amtl.):

1. Zur Frage, unter welchen Voraussetzungen ein Steuerberater verpflichtet ist, eine von ihm steuerlich betreute GmbH auf die Gefahr hinzuweisen, daß nur mündlich vereinbarte Geschäftsführergehaltserhöhungen vom Finanzamt als verdeckte Gewinnausschüttungen gewertet werden.

2. Gegenüber der Verletzung einer solchen Pflicht begründet der Verstoß gegen eine im Anstellungsvertrag enthaltene Schriftformklausel regelmäßig kein Mitverschulden.

Leitsätze (d. Red.):

1. Steuerrechtlich bergen nur mündlich getroffene Änderungen von Gesellschafter-Geschäftsführergehältern ein hohes Risiko; dieses wird durch in den Anstellungsverträgen vorgesehene qualifizierte Schriftformklauseln noch erhöht.

2. Der Steuerberater ist verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß Erhöhungen der Geschäftsführerbezüge schriftlich niederzulegen sind.

3. Ein Mitverschulden trifft den Mandanten nur, wenn er etwas versäumt, was in den Bereich seiner Eigenverantwortung fällt, z.B. die wahrheitsgemäße und vollständige Unterrichtung des Steuerberaters durchzuführen. Der Steuerberater bleibt allein verantwortlich für den unterlassenen Hinweis Gehaltsänderungen mit den beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführern schriftlich zu vereinbaren. Die Beachtung der Besonderheiten der Steuerrechtspraxis unterliegt allein der Kontrolle des Steuerberaters.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin, eine GmbH, wurde am 24.11.1981 unter Übernahme eines Teils der Geschäftstätigkeit einer anderen Gesellschaft, der ... und KG, gegründet. Das Stammkapital übernahmen je zur Hälfte der persönlich haftende Gesellschafter der Kommanditgesellschaft, ..., und ..., der bis dahin bei dieser Gesellschaft angestellt gewesen war. ... ist inzwischen aus der GmbH ausgeschieden. Der Beklagte, der bereits die Kommanditgesellschaft in deren steuerlichen Angelegenheiten beriet, entwarf gleichlautende Anstellungsverträge, die die GmbH mit den beiden Gründungsgesellschaftern, die zu Geschäftsführern bestellt wurden, abschloß, § 8, in dem das Gehalt auf jeweils 3.500 DM festgesetzt war, bestimmte, daß „darüber hinausgehende Änderungen der Bezüge“ der Schriftform bedürften. In § 12 („Schlußbestimmungen“) war unter Nr. 1 vereinbart:

„Die vertraglichen Vereinbarungen der Partner ergeben sich erschöpfend aus diesem Vertrag und seinen etwaigen schriftlichen Anlagen. Vertragsänderungen bedürfen der Schriftform sowie der ausdrücklichen Einwilligung der Gesellschafterversammlung. Eine Befreiung von der Schriftform durch mündliche Vereinbarung ist unwirksam...“

Der Beklagte übernahm für die GmbH die Finanz- und Lohnbuchhaltung; er stellte die Jahresabschlüsse auf und entwarf die Steuererklärungen. In den Jahren ab 1986 erhöhten die Gesellschafter mehrfach ihre Geschäftsführergehälter, ohne dies schriftlich niederzulegen. Aufgrund einer 1993 für die Jahre 1987 bis 1991 durchgeführten Betriebsprüfung erließ das Finanzamt geänderte Steuerbescheide, in denen die über die ursprünglichen 3.500 DM hinaus gezahlten Geschäftsführerbezüge als verdeckte Gewinnausschüttungen behandelt wurden. Widerspruch und Klage hiergegen blieben erfolglos. Über eine von der Klägerin eingelegte Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision hatte der Bundesfinanzhof bei Schluß der mündlichen Verhandlung vor dem Berufungsgericht noch nicht entschieden.

Die Klägerin, die dem Beklagten vorwirft, daß er sie nicht auf die Notwendigkeit hingewiesen habe, für die Gehaltserhöhungen die Schriftform

zu beachten, hat Feststellung verlangt, daß der Beklagte ihr den dadurch entstandenen Steuerschaden zu ersetzen habe. Das Landgericht hat der Klage in vollem Umfang, das Berufungsgericht hat ihr im Hinblick auf ein von ihm angenommenes Mitverschulden der Klägerin nur zur Hälfte stattgegeben.

Mit der Revision erstrebt die Klägerin die Wiederherstellung des erstinstanzlichen Urteils. Der Beklagte hat Anschlußrevision mit dem Ziel der vollständigen Klageabweisung eingelegt.

Die Revision ist begründet. Sie führt zur Wiederherstellung des erstinstanzlichen Urteils. Die Anschlußrevision hat keinen Erfolg.

Aus den Gründen:

1. **Der Beklagte war**, wie das Berufungsgericht zu Recht angenommen hat, **verpflichtet, die Klägerin darauf hinzuweisen, daß es, um steuerliche Nachteile zu vermeiden, erforderlich sei, die jeweiligen Erhöhungen der Geschäftsführerbezüge schriftlich niederzulegen.** Ein Steuerberater ist zwar grundsätzlich nur im Rahmen des ihm erteilten Auftrags verpflichtet, seinen Mandanten auch unaufgefordert über die bei der Bearbeitung auftauchenden steuerrechtlichen Fragen zu belehren (BGHZ 128, 358, 361 = GI 1995, 65). Unter den Umständen des vorliegenden Falles gehörte es jedoch entgegen der Ansicht der Anschlußrevision zum Pflichtenkreis des Beklagten, seine Auftraggeberin auf die steuerlichen Gefahren, die mit der nur mündlichen Vereinbarung der Gehaltserhöhungen verbunden waren, aufmerksam zu machen.

a) Finanzverwaltung und Finanzgerichte erkennen in ständiger Praxis Zuwendungen an beherrschende Gesellschafter – zu ihnen können auch Gesellschafter mit gleich hohen Anteilen gehören, soweit sie gleichgerichtete Interessen haben (BFH/NV 1986, 637) – nur unter strengen Voraussetzungen als Betriebsausgaben an. In solchen Fällen kann der Nachweis, daß die Gesellschaft denselben Vermögensvorteil – unter Anwendung der Sorgfalt eines gewissenhaften Geschäftsleiters – auch einem nicht an der Gesellschaft beteiligten Dritten gewährt hätte, nur erbracht werden, wenn die Zuwendung im voraus klar und eindeutig ver-

einbart worden ist (BFH, DB 1995, 2451 f.). Das braucht zwar nicht zwingend schriftlich zu geschehen; in der Praxis werden aber schriftliche Vereinbarungen verlangt (Streck, KStG 4. Aufl., § 8 Rdn. 120 ff, 124). Zumindest dann, wenn ein mit einem beherrschenden Gesellschafter abgeschlossener (insbesondere Geschäftsführer-)Vertrag für seine Änderung die Schriftform zwingend vorschreibt, wird eine mündliche Änderungsvereinbarung nicht anerkannt (BFH/NV 1988, 122, 123 f m.w.N.; BFH, BStBl II 1991, 933, 934). Erst in jüngster Zeit deutet sich eine leichte Auflockerung dieser Rechtsprechung an (vgl. BFH, DB 1995, 2451, 2452 für den Fall eines Verstoßes gegen § 181 BGB).

Die Finanzgerichte nehmen jedenfalls bei einer „qualifizierten“ Schriftformklausel, die für die Aufhebung der vereinbarten Formbedürftigkeit wiederum die Schriftform vorsieht, an, der die vertragliche Schriftform nicht wahrende Vertrag sei zivilrechtlich nach § 125 Satz 2 BGB unwirksam (BFH, BStBl II 1991, 933, 934; für eine „einfache“ Schriftformklausel offengelassen in BFH/NV 1988, 122, 123). Für die Beurteilung des vorliegenden Falles ist die Frage, ob die Änderungsverträge, mit denen die Geschäftsführerbezüge erhöht wurden, zivilrechtlich wirksam waren, von untergeordneter Bedeutung. **Steuerrechtlich bargen jedenfalls die nur mündlich getroffenen Änderungsvereinbarungen ein hohes Risiko, das durch die in den Anstellungsverträgen vorgesehene qualifizierte Schriftformklausel noch vergrößert wurde.**

b) Auf dieses Risiko hätte der Beklagte die Klägerin hinweisen müssen. Er hatte für diese die laufende Buchführung und die Lohnbuchhaltung zu erledigen sowie die Jahresabschlüsse aufzustellen und die Steuererklärungen zu entwerfen; ihm war somit die Wahrnehmung der damit zusammenhängenden steuerlichen Interessen der Gesellschaft übertragen (vgl. BGHZ 115, 382, 383, 386). Er erfuhr von den Gehaltsanhebungen spätestens bei der Aufstellung der Jahresabschlüsse, nach den Feststellungen des Berufungsgerichts aber auch schon vorher aufgrund von Gesprächen mit einem der beiden Gesellschafter-Geschäftsführer. Es kommt hier nicht entscheidend darauf an, ob bereits das

allein die Belehrungspflicht des Beklagten auslöste.

Eine Aufklärung über die mit der formlosen Erhöhung der Geschäftsführerbezüge verbundenen Risiken gehörte hier zumindest deswegen zu den sich aus der steuerlichen Betreuung ergebenden Pflichten des Beklagten, **weil dieser selbst die Anstellungsverträge mit der verschärften Schriftformklausel für die Klägerin entworfen hatte**. Ob er dazu als Steuerberater befugt war – immerhin hat er dafür ein Honorar von 775,20 DM berechnet und erhalten –, ist hier ohne Bedeutung. **Der Beklagte hat damit jedenfalls die Gefahr, daß mündliche Gehaltserhöhungen steuerlich nicht anerkannt wurden, durch sein eigenes Verhalten beträchtlich erhöht**. Daß eine rechtsgeschäftlich vereinbarte Form oft nicht eingehalten wird, entspricht den Gewohnheiten des Rechtsverkehrs (vgl. *Flume, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts II*, 1965, § 15 III 2 S. 264). Erst recht ist für einen insoweit nicht fachkundigen Steuerpflichtigen nicht erkennbar, daß eine solche Form aus steuerrechtlichen Gründen auch dort eingehalten werden muß, wo es zwischen den Beteiligten an einem Interessengegensatz fehlt (vgl. *Streck, a.a.O.*, § 8 Rdn. 120).

2. Das Berufungsgericht ist auf der Grundlage des insoweit anzuwendenden Anscheinsbeweises davon ausgegangen, daß die Klägerin für die schriftliche Niederlegung der Gehaltserhöhungen gesorgt hätte, wenn ihr die steuerrechtlichen Risiken nur mündlicher Absprachen vor Augen geführt worden wären. Das ist aus Rechtsgründen nicht zu beanstanden.

3. Im Gegensatz zum Landgericht hat das Berufungsgericht die Feststellung der Schadensersatzverpflichtung des Beklagten unter dem Gesichtspunkt eines von ihm angenommenen hälftigen Mitverschuldens der Klägerin eingeschränkt. Das greift die Revision mit Recht an.

Grundsätzlich trifft denjenigen, der sich auf die Beratung durch einen Fachmann verläßt, auch dann kein Mitverschulden, wenn er die Unzulänglichkeit dieser Beratung bei gehöriger Sorgfalt selbst erkennen könnte (*Senatsurt. v. 28.11.1996 – IX ZR 39/96, WM 1997, 321, 323 = GI 1997, 109*). **Etwas anderes gilt nur dann, wenn er etwas versäumt, was in den**

Bereich seiner Eigenverantwortung fällt (*Senatsurt. v. 17.10.1991 – IX ZR 255/90, WM 1992, 62, 66 = GI 1992, 59, insoweit in BGHZ 115, 382 nicht abgedruckt; v. 17.11.1994 – IX ZR 208/93, WM 1995, 212, 214 = GI 1996, 85*), **insbesondere wenn er es unterläßt, den Berater wahrheitsgemäß und vollständig über den maßgeblichen Sachverhalt zu unterrichten** (*Senatsurt. v. 20.6.1996 – IX ZR 106/95, WM 1996, 1832, 1835 f = GI 1997, 16*).

Eine solche Fallgestaltung liegt hier nicht vor. Es trifft nicht die Lebenswirklichkeit, wenn das Berufungsgericht meint, die Geschäftsführer der Klägerin hätten ihre Verträge zu kennen und sich daran zu halten. Im Rechtsverkehr wird, wie bereits erwähnt, einer vertraglich vereinbarten Schriftformklausel im allgemeinen keine Bedeutung beigemessen, wenn sich alle Beteiligten über eine zwischen ihnen getroffene Absprache und deren Verwirklichung einig sind. Deshalb sind nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs jedenfalls gegen eine „einfache“ Schriftformklausel verstoßende mündliche Vereinbarungen wirksam (*BGHZ 71, 162, 164; BGH, Urt. v. 22.4.1982 – III ZR 122/80, WM 1982, 902*).

Im Streitfall drohte den Gesellschaftern, solange sie sich nicht zerstritten, von einer etwaigen zivilrechtlichen Unwirksamkeit der Gehaltserhöhungen keine Gefahr. **Ein Risiko bestand allein im Hinblick auf die steuerliche Anerkennung**. Die Gefahr, daß diese versagt wurde, konnten die Gesellschafter-Geschäftsführer, wie das Berufungsgericht festgestellt hat, nicht erkennen; beide waren vorher nicht Gesellschafter und Geschäftsführer einer GmbH gewesen. Ob Zuwendungen an einen Gesellschafter verdeckte Gewinnausschüttungen darstellen, hängt materiell allein davon ab, ob auch ein nicht an der Gesellschaft beteiligter Dritter sie im Hinblick auf seine der Gesellschaft erbrachten Leistungen erhalten hätte (*BFH, DB 1995, 2451, 2452*). Es bestehen hier keine Anhaltspunkte dafür – auch das Finanzgericht hat dies in seinem Gerichtsbescheid vom 9.8.1995 nicht angenommen –, daß die gezahlten Gehälter unangemessen hoch gewesen wären. Grund für die deutliche Gehaltsanhebung war, daß Z. anlässlich der Verlagerung weiterer Unternehmensteile auf die GmbH auf seine Tätigkeitsvergütung bei der Kommanditgesellschaft in

Höhe von 6.000 DM verzichtete und dafür ein entsprechend höheres Gehalt von der GmbH beanspruchte; der Mitgeschäftsführer E. wurde mit etwa einjähriger Verzögerung gleichgestellt.

Die strengen Anforderungen der Finanzverwaltung und der Finanzgerichte an die Form derartiger Vereinbarungen, insbesondere mit beherrschenden Gesellschaftern, betreffen lediglich den Nachweis der materiellen Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung der Zuwendungen. **Es war allein Sache des Beklagten, die Klägerin über diese Besonderheiten der Steuerrechtspraxis zu unterrichten.** Daß ihre Gesellschafter sich darüber keine Gedanken gemacht haben, ist kein in den Bereich ihrer Eigenverantwortung fallendes Versäumnis; für diese Fragen war der Beklagte zuständig.

Fristenkontrolle

- Berufungsbegründungsfrist
- Verlängerungsantrag, § 519 II 3 ZPO
- Wiedereinsetzungsfrist, § 234 I ZPO
(BGH, Beschl. v. 24.10.1996 – VII ZB 25/96)

Leitsätze:

1. Ein Rechtsanwalt kann regelmäßig erwarten, daß einem ersten Antrag auf Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist entsprochen wird, wenn einer der Gründe des § 519 Abs. 2 Satz 3 ZPO vorgetragen wird. Er braucht mit einer hiervon abweichenden rechtswidrigen Verfahrenspraxis nicht zu rechnen.

2. Wenn demnach die Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist zu Unrecht versagt wird, ist der Prozeßbevollmächtigte gehalten, ab Kenntnis innerhalb der Frist des § 234 Abs. 1 ZPO Wiedereinsetzung zu beantragen und die versäumte Prozeßhandlung nachzuholen.

Aus den Gründen:

I. Die Klägerin verlangt vom Beklagten restlichen Werklohn. Das Landgericht Magdeburg hat die Klage abgewiesen.

Gegen das der Klägerin am 26.3.1996 zugestellte Urteil hat diese am 23.4.1996, eingegangen beim Oberlandesgericht Naumburg am gleichen Tage, Berufung eingelegt. Mit dem am 23.5.1996 um 15.42 Uhr beim Oberlandesgericht eingegangenen Telefax hat Rechtsanwalt R. als Prozeßbevollmächtigter der Klägerin beantragt, die Frist für die Berufungsbegründung bis zum 24.6.1996 zu verlängern. Der Antrag wurde damit begründet, daß der sachbearbeitende Rechtsanwalt urlaubsbedingt abwesend sei und bisher mit der Mandantschaft eine Besprechung aus Termingründen nicht habe stattfinden können.

Am 28.5.1996 wies der Vorsitzende des Senats den Antrag auf Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist mit der Begründung zurück, der Grund der urlaubsbedingten Abwesenheit entfalle, weil der Antrag auf Fristverlängerung durch den am Oberlandesgericht zugelassenen Rechtsanwalt unterschrieben sei. Sollte mit „sachbearbeitender Rechtsanwalt“ ein nicht beim Oberlandesgericht zugelassener Anwalt gemeint sein, blieben „dessen Terminprobleme“ außer acht. Darüber hinaus sei nicht ersichtlich, daß es nicht möglich gewesen sein sollte, innerhalb der gesetzlichen Frist eine Mandantenbesprechung durchzuführen. Schließlich sei anzumerken, daß er (der Vorsitzende) in ständiger Übung auch erste Verlängerungsanträge ohne stichhaltige Begründung ablehne.

Die per Fax vorab am 28.5.1996 mitgeteilte Verfügung wurde dem Prozeßbevollmächtigten der Klägerin mit Frist zur Stellungnahme bis zum 5.6.1996 am 3.6.1996 zugestellt. Dieser legte hiergegen am 30.5.1996 Beschwerde ein, in der er die Gründe des Antrags auf Verlängerung näher erläuterte und darauf hinwies, daß die Ablehnung des ersten Verlängerungsantrags auch nach der Praxis des Oberlandesgerichts Naumburg völlig überraschend gewesen sei. Nach Hinweis vom 3.6.1996 auf die Unzulässigkeit der Beschwerde, dem Prozeßbevollmächtigten der Klägerin zugestellt am 6.6.1996, verwarf das Oberlandesgericht Naumburg mit

Beschluß vom 18.6.1996 die Berufung der Klägerin gegen das landgerichtliche Urteil als unzulässig, weil sie nicht innerhalb der Frist des § 519 Abs. 2 Satz 2 ZPO begründet worden sei. Hiergegen richtet sich die fristgerecht eingelegte sofortige Beschwerde der Klägerin.

Der Prozeßbevollmächtigte der Klägerin hat mit Schriftsatz vom 17.6.1996, eingegangen beim Oberlandesgericht am 21.6.1996, die Berufung begründet. Mit weiterem, von der Klägerin nicht angegriffenen Beschluß vom 10.7.1996 hat das Oberlandesgericht den in der Berufungsbegründung der Klägerin vom 17.6.1996 liegenden erneuten Wiedereinsetzungsantrag als unzulässig verworfen.

II. Die rechtzeitig eingelegte sofortige Beschwerde gegen den Beschluß des Oberlandesgerichts vom 18.6.1996 hat keinen Erfolg. Das Oberlandesgericht hat die Berufung zu Recht als unzulässig verworfen.

1. Die Klägerin beanstandet allerdings mit Recht, daß ihrem Antrag vom 23.5.1996 auf Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist nicht stattgegeben worden ist. Der Rechtsmittelführer muß zunächst mit dem Risiko rechnen, daß der Vorsitzende des Rechtsmittelgerichts in Ausübung seines pflichtgemäßen Ermessens eine beantragte Verlängerung der Rechtsmittelbegründungsfrist versagt. **Der Rechtsanwalt kann jedoch nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (vgl. Beschl. v. 23.6.1994 – VII ZB 5/94 = NJW 1994, 2957 m.w.N.) regelmäßig erwarten, daß einem ersten Antrag auf Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist entsprochen wird, wenn einer der Gründe des § 519 Abs. 2 Satz 3 ZPO vorgebracht wird.** Mit einer hiervon abweichenden Verfahrenspraxis braucht der rechtsuchende Bürger nicht zu rechnen; sie widerspricht rechtsstaatlicher Verfahrensgestaltung (*BVerfG, Beschl. v. 28.2.1989 – 1 BvR 649/88 = NJW 1989, 1147*).

Im Vortrag des Prozeßbevollmächtigten der Klägerin im Antrag vom 23.5.1996, urlaubsbedingt abwesend zu sein, obwohl der Schriftsatz persönlich unterzeichnet war, liegt zwar ein inhaltlicher Widerspruch. Dieser wurde jedoch im weiteren Schriftsatz vom 30.5.1996 dahin geklärt, daß der sachbearbeitende Rechtsanwalt im

Zeitraum der Berufungsbegründungsfrist im Urlaub geweilt habe und nach Rückkehr kurz vor Fristende der Sachbearbeiter der Klägerin berufsbedingt im Ausland gewesen sei. Zudem hat der Prozeßbevollmächtigte der Klägerin den Antrag damit begründet, daß mit der Mandantschaft eine Besprechung aus Terminschwierigkeiten nicht stattfinden konnte. Bereits hierin liegt ein erheblicher Grund, der den Antrag auf Fristverlängerung gerechtfertigt hätte. **Eine Praxis, die generell einen derart anerkannten Verlängerungsgrund für nicht ausreichend hält, bewegt sich nicht mehr im Rahmen der zulässigen Ermessensausübung des Vorsitzenden.** Auf sie braucht sich der Anwalt nicht einzustellen (*BGH, Beschl. v. 11.7.1985 – III ZB 13/85, a.a.O. = VersR 1987, 972, 973*).

2. Demnach hätte der Klägerin auf Antrag innerhalb der Zweiwochenfrist des § 234 ZPO oder gemäß § 236 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 2 ZPO Wiedereinsetzung auch ohne Antrag gewährt werden können, wenn die versäumte Prozeßhandlung der Berufungsbegründung innerhalb dieser Frist nachgeholt worden wäre. Dies ist nicht geschehen.

a) **Die Wiedereinsetzungsfrist beginnt nach § 234 Abs. 2 ZPO mit dem Ablauf des Tages, an dem das Hindernis behoben ist.** In dem Falle, in dem **die Berufungsbegründungsfrist** versäumt worden ist, beginnt die Wiedereinsetzungsfrist in dem **Zeitpunkt, in dem der Prozeßbevollmächtigte die eingetretene Säumnis hätte erkennen können** (*BGH, Beschl. v. 12.10.1989 – I ZB 3/89 = NJW-RR 1990, 379 m.w.N.*).

b) Das war am 3.6.1996 der Fall. – Die Verfügung des Vorsitzenden, daß der Antrag auf Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist zurückgewiesen wird, wurde dem Prozeßbevollmächtigten der Klägerin am 3.6.1996 zugestellt. Mit Zustellung dieser Verfügung, die auch den Hinweis enthielt, daß der Senat beabsichtige, die Berufung wegen Versäumung der Berufungsbegründungsfrist zu verwerfen, durfte der Prozeßbevollmächtigte nicht mehr auf eine Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist vertrauen. Er mußte vielmehr die Ablehnung seines Fristverlängerungsantrags und die damit verbundene Folge der Fristversäumung in Betracht ziehen. Die Berufungsbegründung

hätte daher spätestens am 17.6.1996 beim Oberlandesgericht eingehen müssen. Da der Schriftsatz vom 17.6.1996, der die Berufungsbegründung enthielt, erst am 21.6.1996 beim Oberlandesgericht einging, ist die versäumte Prozeßhandlung verspätet nachgeholt worden.

Fristversäumnis

- Anwaltsverschulden
- 2-Wochen-Frist, § 234 I ZPO
(BGH, Beschl. v. 9.10.1996 - XII ZB 152/96)

Leitsätze (d. Red.):

1. Der Prozeßbevollmächtigte muß bei Vorbereitung fristwahrender Prozeßhandlungen eine eigenverantwortliche Fristenkontrolle vornehmen. Er muß bemerken, daß auf der Eingangsbestätigung für die eingelegte Berufung der kanzleiübliche Vermerk über die Eintragung der Begründungsfrist im Fristenkalender fehlt.

2. An alle Umstände, die für die Frage von Bedeutung sind, auf welche Weise und durch wessen Verschulden es zu einer Fristversäumnis gekommen ist, sind innerhalb der 2-Wochen-Frist, § 234 Abs. 1 ZPO, darzulegen.

Aus den Gründen:

I. Gegen das Urteil des Landgerichts, das ihn zur Räumung einer gepachteten Gaststätte verurteilt hat, legte der Beklagte rechtzeitig am 28.5.1996 Berufung ein. Er begründete das Rechtsmittel erst mit einem am 5.7.1996 eingegangenen Schriftsatz und beantragte gleichzeitig, ihm gegen die Versäumung der Frist des § 519 Abs. 2 Satz 2 ZPO Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren.

Zur Begründung des Wiedereinsetzungsge- suchs trug er vor, die Berufungsbegründung sei bereits am 18.6.1996 im Entwurf gefertigt worden. Die sonst zuverlässig arbeitende Ange- stellte S. der Kanzlei seiner zweitinstanzlichen

Prozeßbevollmächtigten habe es entgegen bestehender Anweisung versäumt, nach Ein- gang der gerichtlichen Bestätigung über die Einlegung der Berufung den Ablauf der Beru- fungsbegründungsfrist im Fristenkalender zu notieren. Deswegen sei erst aufgrund eines Anrufs des Korrespondenzanwalts am 4.7.1996 bemerkt worden, daß die Berufungsbegrün- dungsfrist versäumt worden sei.

Auf den gerichtlichen Hinweis, daß anlässlich der Fertigung des Entwurfs der Begründungsschrift am 18.6.1996 eine anwaltliche Fristenkontrolle erforderlich gewesen sei, vertrat der Beklagte die Ansicht, ein Rechtsanwalt sei nur stichpro- benartig zu derartigen Kontrollen verpflichtet. Die Handakte in der vorliegenden Sache habe nicht zu denjenigen gehört, bei denen eine Stichprobe vorgenommen worden sei.

Das Oberlandesgericht wies das Wiedereinset- zungsgesuch zurück und verwarf die Berufung als unzulässig.

Mit der hiergegen gerichteten sofortigen Beschwerde macht der Beklagte geltend, die Handakte der vorliegenden Sache sei dem sachbearbeitenden Rechtsanwalt seiner Pro- zeßbevollmächtigten seinerzeit nicht zur Fer- tigung der Berufungsbegründung vorgelegt worden, sondern alsbald nach Einlegung der Berufung zur Prüfung der Erfolgsaussichten des Rechtsmittels und zur Abgabe einer entspre- chenden Stellungnahme an seine Rechts- schutzversicherung. Bei dieser Gelegenheit sei zugleich der Entwurf der Berufungsbegründung gefertigt worden, der am 18.6.1996 ausgedruckt worden sei. Es gebe keine generelle Verpflich- tung des Rechtsanwalts, bei jeder beliebigen Vorlage der Handakte eine Fristenkontrolle durchzuführen.

II. Das Rechtsmittel hat keinen Erfolg.

Der Beklagte hat die einmonatige Frist zur Begründung der Berufung (§ 519 Abs. 2 Satz 2 ZPO) nicht eingehalten. Die beantragte Wieder- einsetzung in den vorigen Stand hat das Ober- landesgericht zu Recht abgelehnt.

Wie bereits im angefochtenen Beschluß zutref- fend dargelegt ist, hat der Rechtsanwalt nach der ständigen Rechtsprechung des Bundes- gerichtshofs den Ablauf von Rechtsmittelbe-

gründungsfristen zwar nicht bei jeder Vorlage der Handakten, wohl aber dann eigenverantwortlich zu überprüfen, wenn diese ihm im Zusammenhang mit einer fristgebundenen Prozeßhandlung, insbesondere zur Anfertigung der Rechtsmittelbegründung, vorgelegt werden (vgl. statt vieler BGH, NJW 1992, 1632; Senatsbeschl., VersR 1987, 463, jeweils m.w.N.). Eine Anweisung an das Büropersonal betreffend die Fristwahrung kann ihn von dieser Verpflichtung nicht befreien.

Nach dem dem Oberlandesgericht zur Begründung des Wiedereinsetzungsgesuchs unterbreiteten Sachverhalt, der auf Hinweis gemäß § 139 ZPO noch ergänzt wurde, ist von einem der Wiedereinsetzung entgegenstehenden **Anwaltsverschulden** (§§ 233, 85 Abs. 2 ZPO) auszugehen. Denn danach ist die Begründungsschrift im Entwurf am 18.6.1996, also zehn Tage vor Ablauf der einmonatigen Frist des § 519 Abs. 2 Satz 2 ZPO, angefertigt worden; hierbei war der Sachbearbeiter der Prozeßbevollmächtigten des Beklagten mit der Vorbereitung der fristwahrenden Prozeßhandlung befaßt und deshalb auch **zu einer eigenverantwortlichen Fristenkontrolle verpflichtet. Dabei hätte er bemerken müssen, daß auf der Eingangsbestätigung für die eingelegte Berufung der kanzleiübliche Vermerk über die Eintragung des Ablaufs der Begründungsfrist im Fristenkalender fehlte.**

Soweit der Beklagte mit der Beschwerdebeurteilung vorgetragen hat, daß die Vorlage der Handakten schon alsbald nach Einlegung der Berufung erfolgt sei, und zwar im Zusammenhang mit der Prüfung der Erfolgsaussichten für eine Rechtsschutzversicherung, und daß der schon bei dieser Gelegenheit angefertigte Entwurf der Begründungsschrift am 18.6.1996 nur ausgedruckt worden sei, kann er hiermit nicht gehört werden. Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs sind nämlich **alle Umstände, die für die Frage von Bedeutung sind, auf welche Weise und durch wessen Verschulden es zu einer Fristversäumung gekommen ist, innerhalb der 2-Wochen-Frist des § 234 Abs. 1 ZPO darzulegen**; im Zeitpunkt des Eingangs der Beschwerdebeurteilung war diese Frist bereits verstrichen (vgl. BGHR-ZPO § 234 Abs. 1 – Begründung 1-6).

Lediglich unklare oder ergänzungsbedürftige Angaben, deren Aufklärung etwa nach § 139 ZPO geboten gewesen wäre, können nach Fristablauf noch erläutert und vervollständigt werden. Vorliegend ist ein Hinweis des Gerichts nach § 139 ZPO erfolgt, der u.a. davon ausgeht, daß der Entwurf der Berufungsbegründungsschrift am 18.6.1996 angefertigt worden ist. Spätestens auf diesen hin hätte das neue Vorbringen der sofortigen Beschwerde zur Geltung gebracht werden müssen. Es braucht daher nicht entschieden zu werden, ob bei Zugrundelegung dieser Darstellung der von der eingangs angeführten Rechtsprechung geforderte Zusammenhang der Aktenvorlage mit der Vornahme einer fristgebundenen Prozeßhandlung nicht mehr gewahrt wäre (vgl. dazu etwa BGH, VersR 1984, 662).

Notarhaftung

- Auskunftspflichten

(Brandenburgisches OLG, Beschl. v. 20.6.1995 – 6 W 5/95, AnwBl 1996, 474)

Leitsätze:

1. Ein Notar hat nicht die allgemeine Pflicht, Auskunft über beurkundete Verträge zu geben.

2. Zu den Voraussetzungen einer besonderen Auskunftspflicht des Notars (hier verneint) ...

Aus den Gründen:

Die gemäß § 91a Abs. 2 Satz 2 ZPO statthafte sofortige Beschwerde des Klägers ist form- und fristgerecht eingelegt worden und damit zulässig. Sie ist aber unbegründet. Denn das LG hat die Kosten des Rechtsstreits ohne Ermessensfehler dem Kläger auferlegt.

1. Die vom Kläger angestrebte Klage hätte nach dem Sach- und Streitstand im Zeitpunkt der Abgabe der übereinstimmenden Erledigungserklärungen bei Durchführung des Rechtsstreits aller Voraussicht nach insgesamt abgewiesen werden müssen.

a) Soweit der Kläger Verurteilung des Beklagten zur Sachstandsinformation „durch Zuleitung einer ... Fotokopie der notariellen Kaufvertragsurkunde in Sachen Baugenossenschaft S. e.G. gegen B.“ verlangt hat, stand ihm als Gesamtvollstreckungsverwalter der Baugenossenschaft S. e.G. ein Auskunftsanspruch, der den Klageantrag gedeckt hätte, aus keinem rechtlichen Gesichtspunkt zu. Aus § 51 BeurkG ergab sich ein derartiger Anspruch nicht, weil der Beklagte den Vertrag, über den der Kläger Auskunft verlangte, unstreitig nicht beurkundet hatte und ihm daher die mit der Klage gewünschte Information unter Übermittlung einer Kopie des Kaufvertrages nicht möglich war. Im übrigen traf den mit der Beurkundung dieses konkreten Geschäfts nicht befaßten Beklagten auch keine Pflicht zur Beschaffung der vom Kläger gewünschten Information aus anderen Quellen.

b) Soweit der Kläger in seinem Beschwerdevorbringen nunmehr ausführt, er habe mit der Klage auch Klarheit darüber erhalten wollen, ob der Beklagte überhaupt einen Vertrag zwischen der Gesamtvollstreckungsschuldnerin und einem Käufer B. beurkundet habe, hat er dies weder in den vorgelegten vorprozessualen Aufforderungsschreiben an den Beklagten vom 20.10.1993 und vom 1.6.1994 noch in seiner Klage hinreichend deutlich gemacht, wo er die Beurkundung des Vertrages als gegeben vorausgesetzt hat. Selbst wenn aber die Klage dahin verstanden werden mußte, der Beklagte habe – als minus gegenüber dem weitergehenden Klageantrag – jedenfalls Auskunft über die Frage geben sollen, ob er überhaupt einen Vertrag „B.“ beurkundet habe, stand dem Kläger auch insoweit ein die Klage teilweise rechtfertigender Auskunftsanspruch nicht zu.

aa) **Eine allgemeine Pflicht, Auskunft über beurkundete Verträge zu geben, traf den Beklagten nicht.** Zwar mag für die allgemeine Verwaltung und Gerichtsbarkeit im Grundsatz gelten, daß ernstgemeinte Anfragen von Bürgern wenigstens cursorisch beschieden werden müssen. Den Notar, der zwar ein öffentliches Amt ausübt, jedoch nur auf Anforderung im Einzelfall und aufgrund eines speziellen „Auftrages“ tätig wird, trifft einer derartige generelle Bescheidungspflicht jedoch weder nach den einschlägigen Vorschriften der BNotO noch nach den

von der Vertreterversammlung der Bundesnotarkammer aufgestellten allgemeinen Richtlinien für die Berufsausübung der Notare.

bb) Eine Sonderverbindung, aufgrund deren der Beklagte – obwohl unstreitig nicht mit der Beurkundung des Vertrages B. befaßt – dem Kläger gegenüber zur Auskunft verpflichtet gewesen wäre, kann gleichfalls nicht angenommen werden. Die Tatsache, daß der Beklagte mehrere andere Verträge für die Gesamtvollstreckungsschuldnerin beurkundet hatte, begründete eine derartige Sonderverbindung nicht. Die den Beklagten als Notar treffenden Pflichten waren öffentlich-rechtlich abschließend festgelegt; seine mehrfache Befassung mit die Gesamtvollstreckungsschuldnerin betreffenden Beurkundungen schuf mangels entsprechender gesetzlicher Anordnung keine zusätzliche Pflichtenstellung, wie sie sich aus einer privatrechtlichen „Geschäftsverbindung“ hätte ergeben können.

Eine aus dem auch im öffentlichen Recht anwendbaren Rechtsgedanken des § 242 BGB resultierende besondere Auskunftspflicht, wie sie im Zivilrecht gewohnheitsrechtlich anerkannt ist (vgl. Palandt/Heinrichs, Rdn. 8 zu §§ 259-261 BGB) bestand gleichfalls nicht. Eine derartige Auskunftspflicht kommt nach allgemeiner Auffassung nur dort in Betracht, wo die zwischen den Parteien bestehenden Rechtsbeziehungen es mit sich bringen, daß der Berechtigte über Bestehen und Umfang seines Rechts in entschuldbarer Weise im Unwissen ist und der Verpflichtete die zur Beseitigung der Ungewißheit erforderlichen Auskünfte unschwer geben kann. Von diesen Voraussetzungen lag jedoch zumindest die erste nicht vor.

Der Kläger hatte, wie sein eigenes Vorbringen zeigt, offenbar nicht einmal die naheliegenden Informationsquellen ausgeschöpft: Zum einen hatte er eine telefonische Nachfrage beim Beklagten, der dieser nicht hätte ausweichen können, offenbar unterlassen, zum anderen hatte er offensichtlich nicht einmal den früheren Vorstandsvorsitzenden der Gesamtschuldnerin um Informationen hinsichtlich des angeblichen Vertrages B. angegangen; er war daher nicht in entschuldbarer Weise über Bestehen und Umfang der Rechte der Gesamtvollstreckungsschuldnerin im Unklaren.

Daß der Beklagte grundsätzlich verpflichtet war, dem Kläger über alle jemals durch ihn für die Gesamtvollstreckungsschuldnerin beurkundeten Geschäfte Auskunft zu erteilen, hätte gleichfalls der Klage im vorliegenden Fall auch nicht teilweise zum Erfolg verholfen. Denn aus der maßgeblichen Empfängersicht des Beklagten konnten die Aufforderungsschreiben nicht dahin verstanden werden, daß der Kläger einen derartigen Anspruch geltend machen wollte.

c) Ferner standen dem Kläger, da unstreitig kein Geld aus dem von ihm bezeichneten Verkauf an den Beklagten geflossen war, auch der mit der zweiten Stufe geltend gemachte Zahlungsanspruch nicht zu.

2. Es entsprach im übrigen auch nicht der Billigkeit, den Beklagten trotz dem für den Kläger ungünstigen Sach- und Streitstand im Zeitpunkt der Abgabe der Erledigungserklärungen an den Kosten des Verfahrens zu beteiligen. An eine derartige Beteiligung, die Strafcharakter haben würde, wäre nur dann zu denken, wenn feststünde, daß der Beklagte in böswilliger Weise auf die Aufforderungsschreiben des Klägers nicht reagiert hat, obwohl ihm eine Information leicht möglich gewesen wäre. Angesichts der Behauptung des Beklagten, er habe telefonisch dem Büro des Klägers Mitteilung darüber gemacht, daß er einen Vertrag „B.“ nicht beurkundet habe, kann jedoch ein böswilliges Verhalten des Beklagten nicht unterstellt werden.

Steuerberaterhonorar

- Rechnungsunterschrift

- Mahnschreiben

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 5.12.1996 – 13 U 217/95)

Leitsätze (d. Red.):

1. Die Honorarforderung ist einforderbar gemäß § 9 StBGebV, wenn sie auf einer unterschriebenen Rechnung beruht.

2. Ein unterzeichnetes Mahnschreiben kann die fehlende Rechnungsunterschrift nicht ersetzen.

Aus den Gründen:

.....

Die Klägerin hat Honoraransprüche des Erblassers lediglich in Höhe von 3.127,25 DM schlüssig dargelegt. Diese Forderung ist aber durch Teilzahlungen von 5.000 DM erfüllt.

1. Rechnung vom 15.4.1992 über 1.035,12 DM

a) Der Erblasser hat die **Gebühren für die Fertigung der Einkommensteuererklärung 1987** nach einem Gegenstandswert von 104.475 DM berechnet. Gemäß § 24 Abs. 1 Nr. 1 Steuerberatergebührenverordnung (StBGebV) bemißt sich der Gegenstandswert nach der Summe der positiven Einkünfte. Diese haben nach dem Einkommensteuerbescheid für das Jahr 1987 59.537 DM (55.613 DM + 3.924 DM) betragen. Die berechnete 2/10-Gebühr nach Tabelle A beläuft sich dann aber nur auf 273,80 DM.

Die Klägerin kann sich hinsichtlich der Höhe des anzusetzenden Gegenstandswertes nicht darauf berufen, daß ihr Unterlagen des Erblassers nicht mehr zur Verfügung stünden. Die **Handakten** des verstorbenen Ehemannes, die nach § 66 Abs. 1 StBerG **auf die Dauer von sieben Jahren nach der Beendigung des Auftrags aufzubewahren** sind, befinden sich beim Zeugen D., der die Praxis fortführt. Zwar ist dieser Zeuge grundsätzlich auch gegenüber der Klägerin zur Verschwiegenheit verpflichtet. Hier fällt aber ins Gewicht, daß die Klägerin ihr Vorbringen angesichts des Bestreitens des Beklagten

ergänzen muß, dies jedoch nur mit Hilfe der Handakten kann. Ob deshalb die Grenzen der Verschwiegenheitspflicht erreicht sind, kann dennoch dahinstehen. Denn die Klägerin behauptet nicht, daß der Beklagte es abgelehnt habe, den Praxisnachfolger von der Verschwiegenheitspflicht zu befreien.

b) Gegen die Berechnung des Honorars von insgesamt 475,20 DM für die Ermittlung des Überschusses der Einnahmen über die Werbungskosten (Kapitalvermögen sowie Vermietungen und Verpachtungen) hat der Beklagte Einwendungen weder dem Grunde noch der Höhe nach erhoben.

c) Die Klägerin kann des weiteren die Pauschale von 40 DM für Post- und Fernmeldegebühren (§ 16 StBGebV) beanspruchen.

d) Die Addition der Beträge unter a) bis c) ergibt 789 DM; unter Berücksichtigung von 14 % Mehrwertsteuer (110,46 DM) stehen der Klägerin 899,46 DM zu.

2. Rechnung vom 15.4.1992 über 3.235,39 DM

a) Das Honorar für die **Aufstellung des Jahresabschlusses 1987** kann die Klägerin nicht einfordern. Der Beklagte hat die Höhe des **Gegenstandswertes** bestritten. Nach § 35 Abs. 2 Nr. 1 StBGebV bemißt sich der Wert, der bei der Berechnung der Gebühr für die Aufstellung des Jahresabschlusses anzusetzen ist, nach dem Mittel zwischen der berichtigten Bilanzsumme und der betrieblichen Jahresleistung. Die in Betracht kommenden Ansätze hätte die Klägerin den Handakten des Erblassers entnehmen können. Da § 35 Abs. 1 StBGebV keinen **Mindeststreitwert** vorsieht, kann der Klägerin auch nicht ein Teil des angesetzten Honorars zugesprochen werden.

b) Der Beklagte ist verpflichtet, für die **Gewerbesteuererklärung nach dem Gewerbeertrag** die 3/10-Gebühr **nach dem Mindestgegenstandswert von 12.000 DM** (§ 24 Abs. 1 Nr. 5a StBGebV), also 180,30 DM, zu zahlen. Daß ein Gegenstandswert von 55.600 DM gerechtfertigt ist, hat die Klägerin nicht belegt. Die darüber hinaus angesetzten 236,10 DM für die **Gewerbesteuererklärung nach dem Kapital** stehen ihr dagegen in voller Höhe zu, da sie ohnehin auf der Grundlage des **Mindestgegenstands-**

wertes von 18.000 DM (§ 24 Abs. 1 Nr. 5b StBGebV) berechnet worden sind.

c) Die 3/10-Gebühr für die **Umsatzsteuererklärung 1987** ist jedenfalls nach dem **Mindestgegenstandswert von 12.000 DM** zu berechnen. Sie beträgt, legt man die Tabelle A zugrunde, 180,30 DM.

d) Die Klägerin kann des weiteren die Pauschale von 120 DM für Post- und Fernmeldegebühren (§ 16 StBGebV) beanspruchen.

e) Nach einer Addition der Beträge unter a) bis d) ergeben sich 716,70 DM und unter Berücksichtigung von 14 % Mehrwertsteuer (100,34 DM) 817,04 DM.

3. Rechnung vom 16.4.1992 über 1.049,94 DM

a) Die 2/10-Gebühr für die Fertigung der **Einkommensteuererklärung 1988** nach dem **Mindestgegenstandswert von 12.000 DM** (§ 24 Abs. 1 Nr. 1 StBGebV) beträgt 120,20 DM. Ein höheres Honorar kann die Klägerin nicht beanspruchen, da sie die Summe der positiven Einkünfte, die für den Gegenstandswert maßgeblich ist, nicht belegt hat.

b) Die Berechnung der Gebühren für die **Ermittlung des Überschusses der Einnahmen über die Werbungskosten bei den Einkünften aus Kapitalvermögen** sowie Vermietung und Verpachtung (hier: Objekt K.-Straße) ist dagegen nicht zu beanstanden. Der Beklagte ist verpflichtet, die insgesamt angesetzten 240,40 DM zu entrichten.

c) Die 4/20-Gebühr für die **Ermittlung des Überschusses** hinsichtlich des **Objekts L.-Straße** richtet sich wiederum nach dem Mindestgegenstandswert von 12.000 DM und beträgt 120,20 DM.

d) Die Klägerin kann darüber hinaus die Pauschale von 40 DM für **Post- und Fernmeldegebühren** (§ 16 StBGebV) beanspruchen.

e) Nach einer Addition der Beträge unter a) bis d) ergeben sich 520,80 DM und unter Berücksichtigung von 14 % Mehrwertsteuer (72,91 DM) insgesamt 593,71 DM. (...)

5. Rechnungen vom 30.6.1992 über insgesamt 11.428,61 DM

Die Rechnungsbeträge sind nicht einforderbar und klagbar.

Gemäß § 9 Abs. 1 StBGebV kann ein Steuerberater seine Vergütung nur aufgrund einer von ihm unterzeichneten Berechnung geltend machen. Mit der Unterschrift übernimmt der Steuerberater die zivilrechtliche, die strafrechtliche und die standesrechtliche Verantwortung für die Richtigkeit der Berechnung (OLG Frankfurt, NJW 1988, 2807 = GI 1989, 184; Eckert/Böttcher, StBGebV 2. Aufl., Anm. 2.4). Hier hat der Beklagte vorgetragen, daß er vom Erblasser lediglich nicht unterzeichnete Ablichtungen der oben genannten Rechnungen erhalten habe, und zwar in der Form, wie sie von der Klägerin auch zu den Gerichtsakten gereicht worden seien. Der Klägerin ist es verwehrt, sich – was die Übermittlung nicht der Form des § 9 StBGebV entsprechender Rechnungen angeht –, auf die Position des Nichtwissens zurückzuziehen. Sie hat vielmehr darzulegen und unter Beweis zu stellen, daß dem Beklagten ordnungsgemäße Rechnungen zugegangen sind.

Dem Unterschriftserfordernis des § 9 Abs. 1 StBGebV hat der Erblasser auch nicht dadurch genügt, daß er den Beklagten mit Schreiben vom 1.9.1993 unter Beifügung eines Kontoauszuges, in dem auch die Rechnungen vom 30.6.1992 aufgeführt sind, zur Leistung weiterer Teilzahlungen aufgefordert hat. Denn nach § 9 Abs. 1 StBGebV bedarf die Berechnung der Unterzeichnung. Mit der von ihm unterschriebenen Zahlungsaufforderung hat der Erblasser nicht die zivilrechtliche, die strafrechtliche und die standesrechtliche Verantwortung für die Richtigkeit der Monate zuvor erteilten Rechnungen übernommen. In dem angefügten Kontoauszug sind nämlich neben der Beschreibung der Angelegenheiten nur die Rechnungsbeträge angegeben. Völlig offen ist zudem, ob dem Erblasser die Rechnungen bei der Unterzeichnung des Schreibens vom 1.9.1993 vorgelegen haben. Der „Kontoauszug“ kann auch anhand von Buchhaltungsunterlagen gefertigt worden sein.

6. Die Klägerin kann nach allem 3.127,25 DM beanspruchen. Da der Beklagte unstreitig 5.000 DM gezahlt hat, ist ihre Klage unbegründet.

Steuerberaterhonorar

- Pauschalierungsabrede, § 14 StBGebV
 - Leistungsbestimmung, § 11 StBGebV
 - Verschwiegenheitspflicht
- (OLG Köln, Ur. v. 22.4.1993 – 1 U 63/92, OLG-Report Köln 1993, 173)

Leitsätze:

1. Es ist grundsätzlich unzulässig, eine dritte Person als Zeugen für Mitteilungen zu benennen, die der Beweispflichtige der dritten Person unter Verstoß gegen Verschwiegenheitspflichten gemacht hat.

2. Verstößt eine Pauschalierungsabrede gegen die Formvorschrift des § 14 StBGebV, so kann die hierauf beruhende Abrechnung gleichwohl als Leistungsbestimmung nach § 11 StBGebV und § 315 BGB verbindlich sein.

Zum Sachverhalt:

Die Parteien streiten um Steuerberaterhonorar, und zwar darüber, ob die monatlichen Rechnungen für 1989 jeweils endgültige Abrechnungen der betreffenden Monate darstellten oder ob die Kl. damit nur Abschlagszahlungen geltend machte.

Aus den Gründen:

Die Berufung der Kl. hat keinen Erfolg. (...)

Die von der Kl. im Jahre 1989 monatlich gestellten Rechnungen waren endgültige Abrechnungen des jeweiligen Zeitraums und keine Abschlagsrechnungen. Dies steht aufgrund der Aussagen der vom LG vernommenen Zeugen auch zur Überzeugung des Senats fest. (...)

Das ergänzende Beweisangebot der Kl., die Eheleute D. zu vernehmen, stellt kein zulässiges Beweismittel dar. Die Eheleute D. sollen bekunden können, daß die Kl. ihnen gegenüber unmittelbar nach der Besprechung mit dem Bekl. die zur Zahlung getroffenen Vereinbarungen berichtet habe. Dieses Beweismittel wäre inhaltlich nicht unerheblich, da es als Indiztatsache von Bedeutung sein könnte. Das Beweismittel kann

aber nicht berücksichtigt werden, weil es unzulässig ist. Die Kl. nämlich hat es unter Verstoß gegen wesentliche Persönlichkeitsrechte des Bekl. in rechtswidriger Weise selbst geschaffen.

Beweismittel, die unter Verstoß gegen Persönlichkeitsrechte rechtswidrig erlangt sind, können nicht verwertet werden, sofern dies nicht bei der Verfolgung erheblich höherwertiger Interessen im Einzelfall geschehen soll (vgl. Baumbach/Hartmann, ZPO, Anm. 4 in Übersicht vor § 371 ZPO mit zahlreichen weiteren Angaben).

Vorliegend muß man der Kl. entgegenhalten, eine Bekundung der Eheleute D. überhaupt erst dadurch ermöglicht zu haben, daß sie, die Kl., in rechtswidriger Weise gegen wesentliche Persönlichkeitsrechte des Bekl. verstieß. Diese Wertung ist unabhängig davon, was die Eheleute tatsächlich bekunden würden. Denn die Kl. hat behauptet, man habe zunächst in der damaligen Wohnung des Bekl. über die Honorarfrage verhandelt und sich auf eine Abschlagszahlung und spätere genaue Abrechnung geeinigt, weil der Bekl. durch sein Bauvorhaben von der Liquidität her beengt gewesen sei. Nach diesem Besprechungstermin habe sich die Kl. gemeinsam mit ihrem Sohn zu den ebenfalls im gleichen Hause wohnenden Vermietern des Bekl., den Eheleuten D., begeben, die auch Klientel der Kl. seien. Ihnen gegenüber habe sie im Gespräch beiläufig mitgeteilt, mit dem Bekl. habe sie eine Abschlagszahlung zur Reduzierung seines aktuellen Liquiditätsverlustes während der Bauphase getroffen.

Durch ein solches Verhalten verstieß die Kl. eindeutig gegen ihre **Verschwiegenheitspflicht**. Gemäß § 203 1 Nr. 3 StGB hatte sie Geheimnisse, die sie in ihrer Eigenschaft als Steuerberaterin des Bekl. erfahren hatte, nicht unbefugt zu offenbaren. Geheimnisse sind Tatsachen, die nur einem beschränkten Personenkreis bekannt sind und an deren Geheimhaltung der Betroffene ein sachlich begründetes Interesse hat. **Dies sind nicht nur Angelegenheiten aus dem persönlichen Intimbereich, sondern auch wirtschaftlich vertrauliche Dinge** (vgl. Schönke/Schröder/Lenckner, Rdn. 5 ff zu § 203 StGB m.w.N.).

Die Tatsache, welche Verabredung im Hinblick auf vorhandene Liquidität eines Klienten mit

diesem zum Honorar getroffen wird, gehört eindeutig zum geheimhaltungsbedürftigen Bereich. Angaben, die ein im Erwerbsleben stehender Mandant dem Steuerberater zum Vorhandensein von Liquidität macht, gehen Dritte nichts an. Eine unbefugte Weitergabe an dritte, nicht zur Vertraulichkeit verpflichtete Personen kann für den Mandanten unabsehbare wirtschaftliche Folgen haben. Die Tatsache, daß der Sohn der Kl. bei dem genannten Gespräch nach ihren Angaben zugegen war, ändert nichts an der Geheimhaltungsbedürftigkeit der Angaben zur Liquidität. Diese waren immer noch nur einem beschränkten Personenkreis bekannt und von der Kl. weiterhin vertraulich zu behandeln.

Indem die Kl. aber unter Verstoß gegen ihre Geheimhaltungspflicht den Eheleuten D. über den Ablauf der Besprechung, wie auch immer diese war, Mitteilung machte, mißachtete sie den Anspruch des Bekl., selbst zu bestimmen, wer Einblick in seine persönlichen Lebensverhältnisse erhält, also sein Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Da die Kl. ihrerseits nur einen Geldanspruch ohne existentielle Bedeutung verfolgt, könnte es nicht angehen, ihr zu gestatten, ein solcherart rechtswidrig geschaffenes Beweismittel im Zivilprozeß zu verwenden. (...)

Die Abrede der Kl. mit dem Beklagten hat allerdings nicht die Formvorschrift von § 14 StBGebV gewahrt. Der Senat hat Bedenken, ob dies, wie das LG meint, unbeachtlich sei, weil es sich um eine im Berufsrecht verankerte Formvorschrift zugunsten des Mandanten handele. **Die Formvorschrift hat nicht nur den Schutz des Mandanten zum Ziel.** Vielmehr sind durchaus auch Pauschalierungen vorstellbar, die aufgrund der in § 14 StBGebV geforderten Festlegungen letztlich eher eine höhere Belastung des Mandanten zur Folge haben als genaue Abrechnung des Einzelfalls. Das Gesetz spricht aber sowohl die für den Mandanten vorteilhafte als auch die für ihn nachteilige Pauschalierung an. **Sollte die Formvorschrift allein den Mandanten schützen, hätte man eine Geltungseinschränkung für die Fälle der Vereinbarung pauschalen Entgelts über die gesetzlich geschuldete Vergütung hinaus erwarten dürfen, wie es z.B. in § 3 BRAGO der Fall ist.**

Die Tatsache, daß es sich bei § 14 StBGebV um eine im Berufsrecht verankerte Formvorschrift handelt, scheint dem Senat auch noch nicht hinreichend, um den Formverstoß zu vernachlässigen. Da Verstöße gegen Formvorschriften, die im Berufsrecht verankert sind, notwendigerweise unter Teilnahme eines entsprechend Berufsangehörigen zustande kommen, kann die berufsrechtliche Bezogenheit für sich genommen nichts ergeben. Andernfalls wäre die Formvorschrift nahezu stets bedeutungslos, da ja an ihrer Nichtbeachtung immer ein Berufsangehöriger mitwirkt.

Es ist im Einzelfall sicher denkbar, daß sich ein Formverstoß nach § 242 BGB als bedeutungslos darstellt. Hierfür reichen aber Billigkeitsgesichtspunkte und nur leicht fahrlässige Mitwirkung der einen Seite am Zustandekommen des Formverstoßes nicht aus, da andernfalls Formvorschriften letztlich weitgehend bedeutungslos blieben (vgl. zu diesem Bereich Staudinger/Dilcher, Rdn. 28 ff zu § 125 BGB m.w.N.). Es spricht daher alles dafür, vorliegend anzunehmen, daß wegen Fehlens der in § 14 StBGebV vorgeschriebenen Form die Pauschalabrede als solche rechtlich unwirksam war. Diese Frage kann aber letztlich dahingestellt bleiben, da sich die Kl. aus anderem Grund in der Höhe an die einmal erteilten Abrechnungen halten muß.

Aufgrund des oben geschilderten Ergebnisses der Beweisaufnahme nämlich steht fest, daß die Rechnungen von der Kl. als abschließende Geltendmachung ihrer jeweiligen monatlichen Ansprüche gemeint waren und vom Bekl. auch so verstanden worden sind.

Dann greift aber § 11 der StBGebV ein. Für die von der Kl. abgerechneten Leistungen nämlich war nach der StBGebV eine sogenannte Rahmengebühr i.S. von § 11 StBGebV geschuldet. Hier gibt die Gebührenverordnung keinen festen Honorarbetrag vor, sondern einen Rahmen, innerhalb dessen „der Steuerberater die Gebühr im Einzelfall unter Berücksichtigung aller Umstände, insbesondere der Bedeutung der Angelegenheit, des Umfangs und der Schwierigkeit der beruflichen Tätigkeit nach billigem Ermessen“ zu bestimmen hat. Dies hat die Kl. mit der jeweiligen Monatsabrechnung in verbindlicher Weise getan.

Die Pauschalvereinbarung als solche mag somit zwar unwirksam gewesen sein; **die in Verfolgung der an sich unwirksamen Abrede von der Kl. erstellte Abrechnung bleibt aber als endgültig gemeintes Leistungsverlangen Gebührensbestimmung nach § 11 StBGebV** (vgl. zu diesem Fragenkreis Eckart/Böttcher, StBGebV 2. Aufl., Anm. 3 auf S. 248, 249 zu § 14 StBGebV unter Bezug auf eine nicht veröffentlichte Entscheidung des LG Osnabrück vom 26.3.1987 – 10 O 358/85).

Durch das endgültig und abschließend gemeinte Leistungsverlangen der Kl. hat sie eine Bestimmung des von ihr nach billigem Ermessen für geschuldet gehaltenen Entgelts i.S. von § 11 StBGebV vorgenommen. Als Leistungsbestimmung i.S. von § 315 BGB ist eine solche einseitige Willenserklärung grundsätzlich unwiderruflich und für den Bestimmungsberechtigten bindend (MünchKomm/Söllner, Rdn. 19 zu § 315 BGB m.w.N., Palandt/Heinrichs, Rdn. 11 zu § 315 BGB m.w.N.).

Die von der Kl. somit für die Monate Januar bis Dezember verbindlich festgelegte Leistungsanforderung ist unstreitig hinsichtlich der Monate Januar bis November 1989 vollständig durch den Bekl. befriedigt worden.

(...)

Anwaltshaftung

- Beschränkte Erbenhaftung
 - Vorbehaltserklärung
 - Hauptsache, Kosten
- (AG Hannover, Urf. v. 24.1.1995
– 503 C 16463/93)

Leitsatz (d. Red.):

Der Antrag, die Erbenhaftung auf den Nachlaß zu beschränken, führt nicht ohne weiteres auch zu einer Beschränkung der Erbenhaftung im Kostenpunkt.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin macht gegen den Beklagten einen Schadenersatzanspruch aufgrund behaupteter fehlerhafter Vertretung in dem Rechtsstreit vor dem Landgericht Hannover geltend.

Der Rechtsstreit richtete sich zunächst gegen den Vater der Klägerin, Herrn B. Dieser verstarb am 14.5.1986 und wurde von der Klägerin, ihrer Mutter und ihrem Bruder beerbt. Gegen diese nahmen die Kläger des Vorprozesses mit Schriftsatz vom 2.1.1987 den Rechtsstreit auf. In der Folgezeit wurde der Klägerin Prozeßkostenhilfe gegen Ratenzahlung bewilligt, worauf die Klägerin dann verzichtete. Mit Urteil vom 12.4.1990 wurden die Klägerin, die Mutter und der Bruder – als Gesamtschuldner – verurteilt, an die Kläger des Vorprozesses zu 1) und 2) 71.156,50 DM nebst Zinsen zu zahlen. Ihnen wurde als Erben die Beschränkung ihrer Haftung auf den Nachlaß vorbehalten. Die weitergehende Klage wurde abgewiesen.

Die Verurteilung in die Kosten erfolgte ohne Vorbehalt. U.a. hatten die Klägerin, die Mutter und der Bruder die Gerichtskosten zu 78 % zu tragen.

Der Klägerin wurde mit Kostenrechnung vom 13.8.1990 die auf sie anteilig entfallenden Gerichtskosten mit 6.394,50 DM in Rechnung gestellt. Die Kostenrechnung setzt sich zusammen aus der am 8.11.1994 angefallenen Zeugenentschädigung in Höhe von 172 DM, den Gutachterkosten des Umweltinstituts vom September 1984 in Höhe von 2.149,40 DM, den Gutachterkosten des Prof. J. vom 17.9.1986 in Höhe von 18.240 DM sowie den Kosten weiterer Gutachter vom 30.6.1988 in Höhe von 738,80 DM und vom 9.11.1989 in Höhe von 793,40 DM.

Die Eröffnung des Nachlaßkonkurses wurde durch das Amtsgericht S. mangels Masse abgelehnt. Zwischen den Parteien ist unstreitig, daß der Beklagte die Beschränkung der Erbenhaftung für die Kosten nicht beantragt hat. Die Klägerin sieht darin eine nicht sachgerechte Interessenvertretung durch den Beklagten und nimmt ihn auf Ersatz der ihr in Rechnung gestellten Prozeßkosten in Anspruch, nachdem das Gericht des Vorprozesses mit Beschluß vom 25.7.1991 eine Beschränkung der Erbenhaftung im Kostenfestsetzungsverfahren versagt hat.

Im übrigen meint die Klägerin, der Beklagte hätte ihr, wegen der kostenträchtigen Gutachten, die in dem Rechtsstreit zu erwarten waren, von der Aufnahme des Verfahrens abraten müssen.

Die Klägerin beantragt, ...

Der Beklagte beantragt, ...

Er trägt vor, er sei mit dem Gericht davon ausgegangen, daß sich die Haftungsbeschränkung in der Hauptsache auf die Prozeßkosten erstreckte, was durch die Entscheidungen des Kammergerichts vom 24.2.1964 und des OLG Hamm vom 19.1.1982 gedeckt gewesen seien. Der Vorbehalt wäre ins Leere gegangen, weil zum Zeitpunkt der letzten mündlichen Verhandlung der Nachlaßkonkurs bereits beantragt gewesen sei.

Im übrigen sei der Bestand des Nachlasses im Verfahren über den Nachlaßkonkurs nicht vollständig erfaßt worden. Da der Sohn des Erblassers noch zu dessen Lebzeiten den Zimmerei- und Sägebetrieb schenkweise übertragen bekommen habe, hätten sich Pflichtteils- und Pflichtteilsergänzungsansprüche der Klägerin gegen den Bruder ergeben. Die Klägerin hätte diese Ansprüche geltend machen müssen und die Übertragung nach der Konkursordnung anfechten müssen. Der Nachlaß hätte zur Befriedigung aller ausgereicht. Da die Klägerin dies nicht getan hat, treffe sie ein Mitverschulden. Ein Mitverschulden treffe die Klägerin auch deswegen, weil sie auf die Prozeßkostenhilfe verzichtet habe.

Ferner habe die Klägerin für Kosten, die nach dem Erbfall eingetreten seien, ohnehin selbst unbeschränkt und unbeschränkbar einzustehen. Stichtag sei insofern der Todestag des Erblassers.

Wegen des Vorbringens im einzelnen wird Bezug genommen auf die wechselseitigen Schriftsätze der Parteien und die Protokolle der mündlichen Verhandlungen vom 29.3.1994 und vom 13.12.1994. Im übrigen wird Bezug genommen auf die Akte des Landgerichts Hannover, die beigezogen war.

Aus den Gründen:

Die Klage ist zulässig, aber nur zum Teil begründet.

Die Klägerin kann von dem Beklagten gemäß §§ 675, 276 BGB Ersatz der ihr in dem Vorprozeß entstandenen Gerichtskosten in Höhe des ausgerichteten Betrages verlangen.

Zwischen den Parteien bestand unstreitig ein **Mandatsverhältnis**. Der Beklagte hat in der mündlichen Verhandlung vom 15.3.1990 in dem Vorprozeß die Einschränkung der Erbenhaftung auf den Nachlaß des verstorbenen Vaters nur im Hinblick auf die Hauptsache, nicht aber auch in Bezug auf die Kosten und Aussagen beantragt. Hierin liegt ein schuldhaftes Versäumnis des Beklagten, das ihn zum Ersatz des der Klägerin hieraus erwachsenen Schadens verpflichtet.

Der Beklagte konnte nicht davon ausgehen, daß ein Vorbehalt in der Hauptsache ohne weiteres auch zu einer Beschränkung der Erbenhaftung im Kostenpunkt führt. Die Rechtslage war zum damaligen Zeitpunkt keineswegs eindeutig im Sinne des Beklagten. Vielmehr lag zum Zeitpunkt der letzten mündlichen Verhandlung in dem Vorprozeß bereits die Entscheidung des Kammergerichts vom 24.4.1981 (*MDR 1981, S. 851 f*) vor, mit welcher der Senat die Entscheidung vom 24.2.1964 klarstellt, daß ein im Urteil enthaltener Vorbehalt der beschränkten Erbenhaftung jedenfalls nur dann in den Kostenfestsetzungsbeschluß zu übernehmen ist, wenn sich die Entscheidung des Prozeßgerichts auch auf die Kostenentscheidung erstreckt.

Da der Beklagte als Rechtsanwalt gehalten ist, sich über den Stand der Rechtsprechung zu informieren und die Zeitschrift, in der die Veröffentlichung erfolgte, keine Spezialzeitschrift ist, hätte er die Entscheidung kennen und berücksichtigen müssen. Selbst wenn die Kammer des Landgerichts der vom Beklagten vertretenen Auffassung zugestimmt haben sollte – wofür sich in dem Terminprotokoll allerdings keine Anhaltspunkte finden –, würde dies den Beklagten nicht entlasten. Er hätte den sicheren Weg wählen und auch die Beschränkung der Erbenhaftung im Kostenpunkt vornehmen müssen.

Die Klägerin hätte ihre Haftung für die Prozeßkosten aber nur insoweit auf den Nachlaß beschränken können, als diese bereits in der Person des Erblassers entstanden waren.

Maßgeblicher Zeitpunkt ist insofern der Eintritt der Erben in den Rechtsstreit. Vorliegend ist dieser Eintritt nicht bereits mit dem Ableben des Vaters erfolgt. Vielmehr haben die Klägerin und die weiteren Erben den Rechtsstreit mit Schriftsatz vom 5.2.1987 aufgenommen, nachdem zuvor schon die Klägerin des Vorprozesses mit Schriftsatz vom 2.1.1987 die Fortsetzung gegen die Erben beantragt hatte. Zu berücksichtigen ist, daß der Vorprozeß nach dem Antrag des Beklagten vom 6.10.1986 mit Beschluß vom 24.10.1986 ausgesetzt war.

Die vor 1987 entstandenen Prozeßkosten rühren noch vom Erblasser her und sind Nachlaßverbindlichkeiten, hinsichtlich derer die Beschränkung auf den Nachlaß hätte beantragt werden können. Dies muß vor allem unter bestimmten Voraussetzungen deshalb gelten, weil das Urteil auch nach dem Ableben noch auf den Erblasser hätte lauten können und die Gerichtskosten in den Nachlaß gefallen wären. Im eigenen Interesse geführt haben die Klägerin und die übrigen Erben den Rechtsstreit erst ab Anfang 1987.

Abschlußprüfung

- Fortsetzungsprüfung
- Eingeschränkter Bestätigungsvermerk (*LG Bochum, Urt. v. 30.9.1996 – 3 O 163/96*)

Leitsatz:

Nach eingeschränktem Bestätigungsvermerk kann in der Nachtragsprüfung der Abschluß über die Einschränkung hinaus geprüft werden.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin betreibt verschiedene Verbrauchermärkte; sie firmierte früher unter ... GmbH & Co., Kommanditgesellschaft ... Alleinige Gesellschafterin war im Jahre 1987 die ... Handelsgesellschaft mbH in ... Diese Gesellschaft war auch die alleinige Gesellschafterin der persönlich haftenden Gesellschafterin.

Mit Vertrag vom 7./8.1.1988 hat die ... Handelsgesellschaft mbH in ... sämtliche Anteile an der Handelsgesellschaft mbH in ... von Rechtsanwalt ... erworben, der die Anteile bis dahin treuhänderisch für nicht bekannte Treugeber hielt. Ein Anteil von 70 % des Kaufpreises war sofort fällig, die restlichen 30 % „nach Vorlage des geprüften Jahresabschlusses zum 31.12.1987 mit uneingeschränktem Bestätigungsvermerk und Vorlage der Prüfungsberichte, frühestens jedoch am Tag nach der Schlußbesprechung der steuerlichen Außenprüfung bei der ... für den Zeitraum bis 31.12.1987.“ Zu Abschlußprüfern des Jahresabschlusses zum 31.12.1987 wurden die Beklagten gewählt.

Die Beklagten erteilten dem Jahresabschluß 1987 nur einen eingeschränkten Bestätigungsvermerk mit der Einschränkung: „... daß die Rückstellungen von 175.000 DM für Risiken aus der Geschäftsführung durch den ehemaligen Geschäftsführer der Komplementärin, ..., nicht abschließend beurteilt werden können.“

Nach Abschluß der steuerlichen Außenprüfung beauftragte die Klägerin die Beklagten schriftlich mit der Nachtragsprüfung zum 31.12.1987. Am 30.12.1994 legten die Beklagten den Bericht über die Nachtragsprüfung mit uneingeschränktem Testat vom 31.8.1994 vor.

Die Klägerin trägt vor: Entgegen dem Auftrag, den gesetzlichen Vorschriften und den Berufsgrundsätzen der Wirtschaftsprüfer hätten die Beklagten den gesamten Abschluß geprüft und sich nicht auf die Einschränkung des Bestätigungsvermerks beschränkt. Darüber hinaus hätten sie ohne Rücksprache mit der Geschäftsführung der Klägerin Zahlen des Jahresabschlusses geändert. Die Klägerin ist der Auffassung, die Beklagten hätten dem ursprünglichen Jahresabschluß einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilen müssen, da die Risiken aus der Geschäftsleitung sich verwirklicht hätten. Deshalb hätten die Beklagten feststellen können, daß die Rückstellung zu Recht gebildet war.

Die Klägerin beantragt, die Beklagten zu verurteilen, dem Jahresabschluß und dem Lagebericht zum 31.12.1987 der ... GmbH & Co., Kommanditgesellschaft ... in der in der Anlage

zur Klageschrift beigefügten Fassung einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk zu erteilen.

Die Beklagten beantragen, die Klage abzuweisen. Sie tragen vor: Die Klägerin sei nicht aktiv legitimiert. Die Beklagten seien bereits mit dem Kaufvertrag zu Abschlußprüfern gewählt worden. Eines weiteren Auftrages habe es nicht bedurft; Auftraggeber für die Nachtragsprüfung hätten jedenfalls nur die Parteien des Kaufvertrages sein dürfen.

Die Klägerin trage selbst nicht vor, daß Jahresabschluß und Bericht objektiv richtig seien. Einen Anspruch auf einen uneingeschränkten Vermerk ohne Rücksicht auf die Richtigkeit von Abschluß und Bericht gebe es nicht.

Im übrigen bestehe kein Rechtsschutzbedürfnis. Die Parteien des Kaufvertrages hätten den Beklagten bewußt die Festsetzung der Wertansätze überlassen, die Grundlage der Restkaufpreiszahlung sein sollten. (...)

Aus den Gründen:

Die Klage ist zulässig. Es handelt sich um eine **Klage aus einem bestehenden Vertragsverhältnis** heraus, nicht jedoch um ein Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit nach § 324 HGB, da es nicht um Meinungsverschiedenheiten über einzelne Positionen bzw. Wertansätze des Jahresabschlusses bzw. bilanzielle Vorfragen geht.

Die Klage ist jedoch nicht begründet.

Zwar hat die Klägerin die Beklagten mit der Nachtragsprüfung beauftragt, und zwar auf deren Wunsch, so daß die Klägerin nach Auffassung des Gerichts aus diesem Vertragsverhältnis heraus berechtigt sein kann, Ansprüche geltend zu machen. Der geltend gemachte Anspruch könnte der Klägerin aber nur zustehen, falls **jegliche** Berechtigung der Beklagten, den gesamten Abschluß neu zu prüfen, fehlen würden. Davon kann nicht ausgegangen werden.

Dabei kann dahinstehen, ob der Beklagte sich nicht bereits vor Erteilung des Auftrages in seinem Schreiben vom 4.5.1993 eine erneute Prüfung vorbehalten hat und daß die Klägerin den

Auftrag unter diesem Vorbehalt des Beklagten erteilt hat. **Der Umstand, daß das Ergebnis der Prüfung unmittelbare Auswirkung auf den Restkaufpreis hatte und daß die Kaufvertragsparteien damit in den Schutzzweck der Prüfung einbezogen waren**, so daß die Beklagten diesen gegenüber ggf. bei nicht vollständiger Prüfung schadenersatzpflichtig werden konnten, **spricht nicht gegen die von der Klägerin angenommene Pflicht der Beklagten, sich lediglich auf die Prüfung der Einschränkung des ursprünglichen Bestätigungsvermerks zu beschränken.**

Im übrigen waren die Beklagten nach Auffassung des Gerichts auch aus einem anderen Grund zur umfassenden Prüfung berechtigt, und zwar auch dann, wenn man – entgegen der Rechtsansicht der Beklagten – nicht von einer „Fortsetzungsprüfung“, sondern von einem neu erteilten Auftrag ausgeht. Die Beklagten haben u. a. in Teil 2 Seite 8 der von der Klägerin überreichten Nachtragsprüfung zu einer Rückstellung wegen einer Verpflichtung nach § 117b AVG Stellung genommen. Nachdem durch eine Entscheidung des BVerfG die der Rückstellung zugrunde liegende gesetzliche Grundlage entfallen ist, **waren nach Auffassung des Gerichts die Beklagten nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, die Änderung der rechtlichen Grundlage bei der Nachtragsprüfung zu berücksichtigen.**

Schon aus diesem Einzelpunkt folgt, daß die Klage unbegründet ist, denn sie hätte nur Erfolg haben können, wenn **jegliche** Befugnis der Beklagten zur Prüfung des Abschlusses über die Einschränkung des Bestätigungsvermerks hinaus unzulässig gewesen wäre.

Die weitere von den Parteien aufgeworfene **Rechtsfrage, ob ein Wirtschaftsprüfer durch Urteil verpflichtet werden kann, einem nachträglich als unrichtig erkannten Jahresabschluß einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk auf der Grundlage eines früheren eingeschränkten Bestätigungsvermerks zu erteilen, kann offen bleiben.**

Steuerberaterhaftung

- Rechtsberatung
- Erstellung von Mietverträgen
- Verweisungspflicht

(OLG Hamm, Urt. v. 6.11.1996 – 25 U 47/96)

Leitsätze (d. Red.):

1. Die Erstellung von Mietverträgen gehört nicht zur Steuerberatung.

2. Ein steuerlicher Berater, bei dem sich Anhaltspunkte dafür zeigen, daß sein Mandant Hilfe in allgemein-rechtlichen Angelegenheiten benötigt, muß diesen an einen Rechtsanwalt oder Notar verweisen.

Aus den Gründen:

Die Berufung ist zulässig und begründet. Der Kläger hat gegen den Beklagten aus keinem Rechtsgrund einen Anspruch auf Ersatz zuviel gezahlter Einkommensteuer für das Jahr 1993 in Höhe von 5.409 DM und vergeblich aufgewandter Gerichtskosten in Höhe von 612,50 DM.

I.

Ein Anspruch auf Ersatz zuviel gezahlter Einkommensteuer für das Jahr 1993 ergibt sich insbesondere nicht aus einer positiven Vertragsverletzung des zwischen den Parteien damals unstreitig bestehenden Steuerberatungsvertrages.

Insoweit kann dahinstehen, **ob der Steuerberatungsvertrag gemäß § 134 BGB wegen eines Verstoßes gegen Art. 1 § 1 RBerG nichtig ist, weil der Beklagte dem Kläger auf dessen Wunsch den Entwurf eines Mietvertrages für die an die Eltern des Klägers zu vermietende Wohnung erstellt hat.** Selbst wenn dies so wäre, würde die Nichtigkeit gemäß § 139 BGB nicht den Steuerberatungsvertrag insgesamt erfassen, sondern nur den Teil, der sich auf die Erstellung des Mietvertragsentwurfs bezieht. Soweit der Beklagte darüber hinaus verpflichtet war, die steuerlichen Belange des Klägers im Zusammenhang mit dessen Einkommensteuererklärungen wahrzunehmen, ist

davon auszugehen, daß diese Vereinbarung auch ohne den nichtigen Teil geschlossen sein würde, was sich schon daraus ergibt, daß dem Beklagten die steuerliche Beratung des Klägers im Hinblick auf dessen Einkommensteuererklärungen schon vor 1993 übertragen worden war.

Ein Anspruch aus einer Vertragspflichtverletzung des Steuerberaters ist nur dann zu bejahen, wenn der Steuerberater gegen seine sich aus dem Mandatsverhältnis ergebenden Pflichten verstoßen hat. **Inhalt und Umfang der Pflichten des steuerlichen Beraters richten sich jeweils nach den im Einzelfall zwischen ihm und dem Mandanten abgeschlossenen Vertrag.** Dabei ist in der Literatur und Rechtsprechung unbestritten, daß der Steuerberater eine Pflicht zur erschöpfenden Beratung des Mandanten hat, dies jedoch nur innerhalb des ihm übertragenen Mandates (*Späth, Die zivilrechtliche Haftung des Steuerberaters 4. Aufl., Rdn. 133*). Zu diesen Pflichten gehört es auch, daß ein steuerlicher Berater, dem sich Anhaltspunkte dafür bieten, **daß sein Mandant Hilfe in allgemein-rechtlichen Angelegenheiten benötigt, diesen an einen Rechtsanwalt oder Notar verweist** (*BGH, NJW 1986, 1050, 1051 = GI 33/85*).

Anhaltspunkte dafür, daß der Kläger Hilfe in allgemein-rechtlichen Angelegenheiten benötigte, ergaben sich für den Beklagten, als der Kläger ihn um die Erstellung eines Entwurfs eines Vertrages für das Mietverhältnis zwischen ihm und seinen Eltern bat. Denn die Erstellung von Mietverträgen gehört nicht zu den steuerrechtlichen Angelegenheiten, die der Beklagte selbst wahrnehmen durfte (*Senat, DB 1986, 32 = GI 1986, 50*).

Der Kläger hat allerdings **nicht bewiesen**, daß der Beklagte seine Pflicht, ihn an einen Rechtsanwalt zu verweisen, verletzt hat.

Der Beklagte, der auf Antrag des Klägers als Partei vernommen worden ist, hat nicht bestätigt, daß er es unterlassen habe, den Kläger an einen Rechtsanwalt zu verweisen. Er hat vielmehr bekundet, daß er dem Kläger bei Übergabe des Mietvertragsentwurfs, die im Februar 1994 erfolgt sei, geraten habe, sich an einen Rechtsanwalt zu wenden, der habe prüfen sollen, ob

die Formulierungen des Vertrages zivilrechtlich in Ordnung seien und keine Fallstricke enthalten würden.

Es sind auch keine Indizien gegeben, die den sicheren Schluß zulassen, daß der Beklagte den Kläger nicht an einen Rechtsanwalt verwiesen hat. Allerdings haben die Eltern des Klägers, die Zeugen K., bekundet, daß sie schon im Dezember 1993, noch vor Weihnachten, den Mietvertrag mit ihrem Sohn unterzeichnet hätten. Der Senat hält diese Angaben auch für glaubhaft. Der Umstand, daß der Mietvertrag schon im Dezember 1993 unterzeichnet worden ist, läßt jedoch nicht den sicheren Schluß zu, daß eine Belehrung durch den Beklagten, der Kläger möge sich an einen Rechtsanwalt wenden, unterblieben ist.

Zwar hat der Beklagte bekundet, den Mietvertrag erst im Februar 1994 überreicht und den Kläger in diesem Zusammenhang an einen Rechtsanwalt verwiesen zu haben. Da der Beklagte dies jedoch lediglich daraus schließt, daß sein Terminkalender im November und Dezember 1993 keinen Termin für den Kläger enthält, sondern ein solcher erst im Februar 1994 notiert ist, ist nicht auszuschließen, daß eine Notierung versehentlich unterlassen worden ist, möglicherweise deshalb, weil der Kläger – wie er selbst erklärt hat – unangemeldet beim Beklagten erschienen ist.

Die Beweislast für die Pflichtverletzung des Beklagten trägt der Kläger (*Späth, a.a.O., Rdn. 632*).

Der Beklagte hat seine Pflichten aus dem Steuerberatungsvertrag auch nicht zu einem späteren Zeitpunkt verletzt. Insoweit geht der Senat davon aus, daß der Beklagte aufgrund des ihm übertragenen Pflichtenkreises verpflichtet war, den Mietvertrag, den ihm der Kläger – wie sich erst in der mündlichen Verhandlung ergeben hat – am 20.4.1994 zugefaxt hat, zu überprüfen und darauf hinzuweisen, daß der gegenüber dem Entwurf nicht abgeänderte Vertrag Bedenken hinsichtlich eines von den Steuerbehörden vorzunehmenden Drittvergleiches unterliegt, insbesondere, was die Miethöhe und die Nebenkostenregelung betrifft.

Der Kläger hat jedoch nicht bewiesen, daß der Beklagte dieser Pflicht nicht nachgekommen ist.

Der Beklagte, der auf Antrag des Klägers auch insoweit als Partei vernommen worden ist, hat nämlich bekundet, daß er am 20.4.1994 nach Erhalt des Telefaxes mit dem Kläger telefoniert und ihn auf seine Bedenken bezüglich der Miethöhe und der Nebenkostenregelung hingewiesen habe. Der Kläger habe ihm daraufhin erklärt, daß alles so bleiben solle. Weiteren Beweis hat der Kläger nicht angetreten.

Die Beweislast für die Pflichtverletzung trägt auch insoweit der Kläger. Eine etwaige Pflichtverletzung wäre im übrigen aber auch nicht kausal für den eingetretenen Schaden aus 1993 gewesen, da der Kläger und seine Eltern zu diesem Zeitpunkt den Mietvertrag schon in der beanstandeten Form vollzogen hatten.

II.

Der Kläger hat gegen den Beklagten auch keinen Anspruch auf Ersatz der von ihm für das Verfahren vor dem Finanzgericht Münster aufgewandten Gerichtskosten in Höhe von 612,50 DM aus einer positiven Vertragsverletzung.

Insoweit fehlt es schon an einer Pflichtverletzung. Der Rat des Beklagten, gegen die Entscheidung des Finanzamts B. vom 1.9.1994, mit der das Finanzamt den Einspruch des Klägers gegen den Steuerbescheid vom 28.7.1994 als unbegründet zurückgewiesen hatte, weil das Mietverhältnis des Klägers mit seinen Eltern gemäß § 42 AO der Besteuerung nicht zugrundegelegt werden kann, Klage zu erheben, war nicht fehlerhaft. Das Mietverhältnis des Klägers mit seinen Eltern stellte nämlich entgegen der Auffassung des Finanzamts B. keinen Mißbrauch rechtlicher Gestaltungsmöglichkeiten i.S.d. § 42 AO dar (vgl. BFH, BStBl II 1996, 158, 159), was der Beklagte richtig erkannt hatte.

Ob der Beklagte hätte erkennen können, daß das Finanzgericht die Klage aus anderen Gründen zurückweisen würde, und ob er den Kläger hierüber hätte belehren müssen, kann dahinstehen. Denn in der Nichtanwendung des § 42 AO durch das Finanzgericht lag bereits ein Vorteil für den Kläger, der die Durchführung des finanzgerichtlichen Verfahrens rechtfertigt. Zwar hat die Entscheidung des Finanzamts, daß sich ein steuerrechtlicher Vorgang als Gestaltungs-

mißbrauch i.S.d. § 42 AO darstellt, keine präjudizielle Wirkung. Zumindest kommt einer solchen Entscheidung jedoch für die Zukunft eine indizielle Bedeutung zu.

Steuerberaterhonorar

- Pauschalvergütung
- Auslegung
- Gebührenbestimmung, § 11 StBGebV (OLG Köln, Urt. v. 8.5.1996 – 27 U 81/95)

Leitsätze (d. Red.):

1. Wird eine Vergütungsvereinbarung nicht auf bestimmte Leistungsbereiche beschränkt, gilt sie umfassend, dies insbesondere, wenn die steuerliche Beratung der Betriebsinhaber ohne besonderes Honorar erfolgt.

2. Eine wegen Verstoß gegen die Schriftform gemäß § 14 StBGebV nichtige Gebührenvereinbarung ist einer unwideruflichen Leistungsbestimmung gemäß §§ 11 StBGebV, 315 BGB zugänglich, d. h. die Abrechnung ist verbindlich.

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung ist unbegründet. – Das Landgericht hat die Klage mit Recht abgewiesen.

Dem Kläger steht gegen die Beklagten keine Vergütung wegen deren steuerlicher Beratung zu, da diese mit der Zahlung der Vergütung für die GmbH mit abgegolten war. Zwar fehlt eine dahingehende ausdrückliche Absprache. Sie ergibt sich aber aus dem Gesamtverhalten der Parteien. Im Schreiben an den beklagten Ehemann vom 6.7.1983 bestätigt der Kläger den Auftrag des beklagten Ehemannes, ihn ab 1.1.1984 steuerlich zu vertreten. Für die laufende Steuerberatung im Jahre 1984 und die Erstellung des Jahresabschlusses 1983 sowie der zugehörigen Steuererklärungen und die Beratung bei der Verbesserung des Rechnungswesens sollte der beklagte Ehemann ein monatliches Pauschalhonorar von 650 DM plus MwSt. zahlen.

Der beklagte Ehemann betrieb damals noch eine Einzelfirma.

Da in dem Schreiben zwischen der steuerlichen Beratung des Betriebes und des beklagten Ehemannes nicht unterschieden wird, ist das Schreiben bei objektiver Würdigung dahin zu verstehen, daß der beklagte Ehemann umfassend steuerlich zu beraten war. Etwas anderes könnte sich nur dann ergeben, wenn er außer seinem Betrieb noch andere gewerbliche Aktivitäten entfaltet hätte oder eine Beratung in vermögenssteuerlichen Belangen angefallen wäre. Davon ist aber keine Rede. **Daß der Kläger die Vereinbarung in diesem Sinn verstanden hat, folgt aus der Tatsache, daß er für die steuerliche Beratung des beklagten Ehemannes und auch der beklagten Ehefrau in der Vergangenheit kein besonderes Honorar gefordert hat.**

In der mündlichen Verhandlung hat er den Senat in seiner Auffassung mit der Bemerkung bestärkt, daß er die steuerliche Beratung der Beklagten als Appendix seiner Tätigkeit für die Einzelfirma bzw. die spätere GmbH angesehen hat, und daß er erklärt hat, diese sei unentgeltlich erfolgt. Das zeigt, daß auch nach seiner Auffassung das vereinbarte Pauschalhonorar die Vergütung für die steuerliche Beratung der Eheleute umfaßte.

Mit Schreiben vom 27.1.1993 an die GmbH bestätigte der Kläger die Erhöhung des Pauschalhonorars auf monatlich 1.480 DM. Zwar heißt es im Betreff: „Monatliches Pauschalhonorar für die laufende steuerliche Beratung und die Prüfung des Jahresabschlusses der Z. GmbH“. Daß damit eine inhaltliche Änderung des bisherigen Auftrages bestätigt werden sollte, trägt der Kläger nicht vor. Da der Kläger weiterhin für die Beklagten deren steuerliche Angelegenheiten bearbeitete, ohne ein besonderes Honorar zu verlangen, bestätigte er vielmehr die bisherige Vereinbarung und Praxis.

Der Kläger kann sich nicht mit Erfolg darauf berufen, die Pauschalvereinbarung sei mangels der nach § 14 StbGebV erforderlichen Schriftform nichtig. Der Kläger hat unter dem 14.11.1994 der GmbH das Pauschalhonorar für 1994 in Rechnung gestellt und am 14.12.1994 und 4.1.1995 die Begleichung der Rechnung

angemahnt. Damit hat er kundgetan, daß er die Rechnung vom 14.11.1994 als abschließende Geltendmachung seiner jeweiligen monatlichen Ansprüche ansah und dies auch von den Beklagten so verstanden worden ist, wie deren spätere Zahlungen belegen. Dann greift aber § 11 StbGebV ein.

Für die von dem Kläger abgerechneten Leistungen war nach der StbGebV eine sogenannte Rahmengebühr i.S.d. § 11 StbGebV geschuldet. Hier gibt die StbGebV keinen festen Honorarbetrag vor, sondern einen Rahmen, innerhalb dessen „der Steuerberater die Gebühr im Einzelfall unter Berücksichtigung aller Umstände, insbesondere der Bedeutung der Angelegenheit, des Umfangs und der Schwierigkeit der beruflichen Tätigkeiten nach billigem Ermessen“ zu bestimmen hat. Dies hat der Kläger mit der Rechnung vom 14.11.1994 in verbindlicher Weise getan.

Die Pauschalvereinbarung als solche mag somit zwar unwirksam sein; die in Verfolgung der an sich unwirksamen Abrede von dem Kläger erstellte Abrechnung bleibt aber als endgültig gemeintes Leistungsverlangen Gebührensbestimmung nach § 11 StbGebV (OLG Köln, OLG Report 1993, 173 ff; vgl. zu diesem Fragenkreis weiter Eckart/Böttcher, StbGebV 2. Aufl., Anm. 3 auf Seite 248, 249 zu § 14 StbGebV unter Bezug auf eine nicht veröffentlichte Entscheidung des LG Osnabrück vom 29.3.1987 – 10 O 358/85).

Durch das endgültig und abschließend gemeinte Leistungsverlangen des Klägers hat er eine Bestimmung des von ihm nach billigem Ermessen für geschuldet gehaltene Entgelt i.S. von § 11 StbGebV vorgenommen. **Als Leistungsbestimmung i.S. von § 315 BGB ist eine solche einseitige Willenserklärung grundsätzlich unwiderruflich und für den Bestimmungsberechtigten bindend** (Münch-Komm/Söllner, Rdn. 19 zu § 315 m.w.N., Palandt/Heinrichs, Kommentar zum BGB, 54. Aufl., Rdn. 11 zu § 315 BGB m.w.N.).

Der Kläger muß sich mithin an der Rechnung vom 14.11.1994 festhalten lassen. Diese ist indessen beglichen.

GI Leitsatz

Verdeckte Gewinnausschüttung / Notwendige Sachverhaltsdarstellungen

Unterstellt das FA, daß der Gesellschafter-Geschäftsführer einer GmbH im Jahre 1985 in dem gleichen Umfang für das Unternehmen seiner Ehefrau wie in den Jahren 1986 und 1987 tätig geworden ist, ohne ein Entgelt zu verlangen, und bestreitet die GmbH dies, so ist das FG gehalten, den Sachverhalt in tatsächlicher Hinsicht weiter aufzuklären. Kommt das FG dieser Verpflichtung nicht nach, so tragen seine tatsächlichen Feststellungen die Annahme einer vGA nicht.

(BFH, Urt. v. 16.2.1996 – I R 61/95,
BFH/NV 1996, 708)

GI Hinweis

In 4. Auflage erscheint im Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, die Schrift „Die Gehaltsfestsetzung bei GmbH-Geschäftsführern“ von Evers, Grätz, Näser. Ziel der Schrift ist es, die Vergütung der Geschäftsführer der GmbH umfassend und praxisnah darzustellen. Behandelt werden die einzelnen Einflußgrößen der Bezüge, die Zusammensetzung in Grundgehalt und variable Bezüge (Tantiemen) sowie betriebliche Zusatzleistungen (Altersversorgung, Dienstwagen, Krankheit, Unfall). Zur Untermauerung der Darlegungen werden die Ergebnisse der Kienbaum-Untersuchungen herangezogen. Schwerpunkt der Neuauflage: Besondere Anforderungen zur Vermeidung verdeckter Gewinnausschüttungen; Gesellschafter-Geschäftsführer in kleinen GmbHs; Verbreitung und Ausgestaltung von Zusatzleistungen.

(Evers, Grätz, Näser: Die Gehaltsfestsetzung bei GmbH-Geschäftsführern, Einflußgrößen, Komponenten und Entwicklung der Bezüge, 4. neu bearbeitete und erweiterte Auflage 1997, Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 137 Seiten, DM 69,-, ISBN 3-504-63062-0)

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1-7, 1997)

Abschlußprüfung	
– Fortsetzungsprüfung	97, 173
– = eingeschränkter Bestätigungsvermerk	97, 173
– und Steuerberatung, § 319 HGB	97, 2
Adelstitel	
– Vermittlung des –	97, 11
Allgemeine Auftragsbedingungen des WP	
– Haftungsbegrenzung, Nr. 9 AGB 1983	97, 83
Anderkonto	
– Treuhandbindung	97, 96
Auskunftsvertrag	
– Stillschweigender Abschluß	
– = Bilanz	97, 39
– = Verhandlungen	97, 39
Belehrungspflicht des RA	
– Frachtvertrag	97, 109
– Mandatsende	97, 109
Belehrungspflicht des StB/WP	
– Familienvertrag, Fremdvergleich	97, 149
– gegenüber GmbH-Geschäftsführer	
– = wg. Gefahren der vGA	97, 159
Bekanntgabe des Steuerbescheides	
– an Mandanten statt an Bevollmächtigten	97, 54
Berufungsbegründungsfrist	
– Verlängerungsantrag	
– = Erkrankung der Partei	97, 60
– = 1. Verlängerungsantrag	97, 162
Beweislast	
– Fehlberatung	97, 117
– = Immobilienerwerb	97, 128
– = Substantiierung	97, 117
– Kündigungsgrund	97, 6
Bilanzerstellung	
– Bescheinigung	
– = Ordnungsmäßigkeit der Buchführung	97, 81
– Dritthaftung	97, 39, 81
Bußgeld	
– Schaden	97, 32
Darlegungslast, Regreßanspruch	
– Beratungsfehler	97, 117
– Schaden, Veräußerungsgewinn § 17, 1, 5 EStG	97, 69
Dritthaftung	
– Stillschweigender Auskunftsvertrag	
– = Bilanz	97, 39
– = Verhandlungen	97, 39
– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	
– = Bilanzerstellung	97, 39, 81
– = Mittelverwendungskontrolle	97, 71
– = Testatshaftung	97, 390
EDV-Fristenkalender	
– Büroorganisation	97, 107
– und Fristenkalender	97, 107
– Störfall	97, 107
Erbenhaftung	
– Vorbehaltserklärung	97, 171

Familienverträge

- Fremdvergleich 97, 149

Finanzamt

- Versäumnisse des - 97, 50

Fortbildungsveranstaltung

- Werbungskosten 97, 50

Frachtvertrag

- Verjährungseintritt 97, 109

Freiberufler

- Unternehmensberater 97, 154

Fristenkontrolle

- Fristenkontrollbuch
= EDV-gestütztes 97, 107
- Fristenüberwachung durch RA
= bei Aktenvorlage 97, 164
= 1. Fristverlängerung, Berufungsbegründung 97, 162
- Fristversäumnis, unverschuldetes
= Krankheit, Ehefrau 97, 2
= Rechtsirrtum, Revisionsfrist 97, 106
= Unterschriftskontrolle 97, 132
- Organisationsanweisung
= EDV-Störfall

Gaststätten-Pachtvertrag

97, 16

GI Aktuell

- Häusliches Arbeitszimmer 97, 2
= im Haus des Ehegatten 97, 54
- Bilanzbuchhalter gg. StBerG 97, 80
- Körperbehinderte, Kfz-Kosten 97, 132
- Standardsoftware, Umsatzsteuer 97, 132
- Zinsbesteuerung verfassungsgemäß 97, 80, 158

GmbH

- Geschäftsführer
= Steuerhaftung 97, 2

Haftungsbeschränkung

- Haftungshöchstsumme 500.000 DM
= Nr. 9 AGB/WP 1983 97, 83

Hausverwaltung

- Honorar 97, 45
- Nachbesserungsrecht 97, 45

Honoraranspruch des RA

- Abtretung des - 97, 6

Honoraranspruch des StB

- Abschlagszahlung
= Verjährungsunterbrechung 97, 29
- Anerkenntnis des Mandanten 97, 45
- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV
= „Allgemeine Beratung“ 97, 152
= Erläuterungen 97, 150
= Mahnschreiben 97, 167
= Nachprozeß 97, 152
= im Prozeßvortrag 97, 152
= Unterschrift 97, 167
= Zeitgebühr 97, 150
- Fälligkeit, § 7 StBGebV
= Erledigung 97, 150
= ohne Rechnung? 97, 29
- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV
= Bestimmungsrecht, Festlegung 97, 169, 177
- Hausverwaltung 97, 45
- Hinweis auf Formvorschriften 97, 23
- Honorarvereinbarung, unwirksame
= Auslegung 97, 177
= Unwirksamkeit 97, 23
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV 97, 23
= nichtige -, Vergütungsanspruch 97, 23
= unwirksame Vereinbarung 169, 177
97, 132

- Praxistreuhand 97, 51
- Verjährung des -
= Abschlagszahlung, Verjährungs-
unterbrechung 97, 29
= Verzicht auf - 97, 45
- Verjährungsbeginn
= mit Fälligkeit 97, 29
- Verjährungsunterbrechung
= Abschlagszahlung 97, 29
- Zeitgebühr
= § 21 Abs. 1 StBGebV? 97, 150
= Rechnungsinhalt 97, 150

Immobilienwerb

- Fehlberatung 97, 128
- Schaden 97, 128

Information an Vorberater

- Klagefrist 97, 3

Investitionszulage

- Unterschrift 97, 132
- Wiedereinsetzung 97, 132

Kausalität

- zwischen Pflichtwidrigkeit und Schaden
= Anscheinsbeweis 97, 81
- Unterbrechung der Kausalität
= Handlung des Geschädigten 97, 62
= Familiäre Rücksichtnahme 97, 57
= Beratungskonformes Verhalten 97, 57
= Ungesicherte Vorleistung 97, 57

Konkursverwalter

- Aussonderungsrechte
= Sachenrecht, Internationales 97, 124
= Vorbehaltskauf 97, 124
- Neugeschäft
= Masseschuld, § 60 Abs. 1 Nr. 1 KO? 97, 46
= Umsatzsteuer, § 58 Nr. 2 KO 97, 46
- Steuerhaftung 97, 46

Kündigung des Mandats

- fristlose -, § 627 BGB 97, 6

Mandantengelder

- Herausgabeanspruch 97, 11
- Nichtiger Mandatsvertrag 97, 11

Mandantenpflichten

- Informationen an RA 97, 16

Mandatsübernahme

- Belehrungspflicht
= des Altberaters 97, 55, 109
- Klagefrist 97, 3
- Nachfrage beim Vorberater? 97, 3

Mittelverwendungskontrolle

- Dritthaftung 97, 71
- Sicherstellung des Anlegers 97, 71
- Verjährung, berufsrechtliche? 97, 71
- Überlegene Sachkunde
= Mandant, Jurist 97, 109

Mitverschulden

- bei Auskunftshaftung 97, 133
- Informationen an RA 97, 16
- Informationen an StB 97, 32
- Schriftformklausel 97, 159

Nachbesserung

- Mängel in der Hausabrechnung 97, 45

Nachforderungszinsen, § 233 a AO

- Verstoß gegen Treu und Glauben 97, 50

Nachvertragliche Pflichten

- Belehrungspflicht, Gestaltungsrechte 97, 55
- Mandatsende, Verjährung 97, 109

Notar

- Amtshandlung 97, 133
- Anderkonto 97, 96
 - = Treuhandbindung
- Anwaltsnotar 97, 133
 - = Abgrenzung RA-Haftung
- Auskunft 97, 165
- Bescheinigung 97, 133
- Ersatzmöglichkeit, anderweitige (Subsidiarität) 97, 57
 - = Erlöserwartung, ungewisse
 - = Konkursquote
- Mitteilungspflichten, § 54 EStDV 97, 154
- Treuhandgelder 97, 96
 - = ausreichende Sicherheiten
- Vorleistungen, ungesicherte 97, 57

Partnerschaft

- Firma „und Partner“ 97, 102
- mit Wirtschaftsprüfer 97, 102

Praxistreuhand

- Honorarforderung 97, 51

Prozeßauftrag

- Fehler des Gerichts 97, 62

Prozeßvollmacht

- Ausschußfrist zur Vorlage 97, 77

Rechtsanwalt

- Erbenhaftung, beschränkte 97, 171
- Sachverhaltsermittlung 97, 16
- Schutzbereich der Anwaltspflicht
 - = Gerichtsfehler

Rechtsberatung / Rechtsbesorgung

- Mietvertrag 97, 175
- durch Steuerberater 97, 175
- Steuerberatungsvertrag 97, 175

Revision

- Frist, Wiedereinsetzung 97, 106

Sachverhaltsermittlung

- durch RA 97, 16

Schaden

- Bußgeld 97, 32
- Entnahme 97, 141
- Immobilienerwerb 97, 128
- Stille Reserven, Aufdeckung 97, 141
- Privatgutachten 97, 62
- Verschmelzung, Kapitalgesellschaften 97, 113

Sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB

- Erwerb eines Adelstitels 97, 11

Sozietät

- Gesamtschuldner 97, 147
- Steuerberater und Rechtsanwalt 97, 147

StB-GmbH

- IHK-Mitgliedschaft 97, 158
- Verschmelzung mit Handelsgewerbe 97, 153

Steuerberater

- Aufsichtsrat 97, 50
- Gewerbliche Tätigkeit 97, 50
- Vertretung des Gesellschafters 97, 50
- Gewerbebetrieb des Steuerberaters 97, 50

Steuerberatungsvertrag

- Nichtigkeit, § 134 BGB
 - = unerlaubte Rechtsberatung

Steuerhaftung

- GmbH-Geschäftsführer
 - = Strohmännchen

Steuerverkürzung

- Leichtfertige - 97, 93
- durch Steuerberater 97, 93
- Unrichtige Angaben 97, 93

Testat

- Verantwortungsbereich 97, 39

Treuhand

- Nichtigter Mandatsvertrag 97, 11
- Prüfungspflichten
 - = Übertragungsmöglichkeit der -
- Verdeckter - 97, 97
 - = Vorsteuerabzug
- Versicherungsschutz 97, 83

Umsatzsteuer

- Vorsteuerabzug
 - = verdeckte Treuhand

Unternehmensberater

- freiberufliche Tätigkeit 97, 154

Unterschrift

- Investitionszulageantrag 97, 132
- Wiedereinsetzungsantrag 97, 132

Umwandlung

- Verschmelzung, fehlerhafte 97, 113

Verjährung § 12 VVG

- Beginn 97, 25
- Haftpflichtversicherung 97, 25
- Rechtsschutz und Zahlungsanspruch 97, 25

Verdeckte Gewinnausschüttung

- Belehrung des GmbH-Geschäftsführers 97, 159

Verjährung**(§ 51 b BRAO n. F., § 51 BRAO a. F.)**

- Arglistigeinwand 97, 16
- Verjährungsbeginn
 - = Schadenentstehung
 - = Schadenentstehung und Mandatsende
- Vertragsberatung 97, 16
- Verjährungshemmung 97, 16

Verjährung, § 195 BGB

- Mittelverwendungskontrolle 97, 71

Verschmelzung

- Kapitalgesellschaften 97, 113
- Schadenentstehung 97, 113

Verschwiegenheit

- Honorarabtretung 97, 6
- Honorarprozeß 97, 169

Versicherungsschutz

- Wesentliche Pflichtverletzung
 - = Notaranderkonto,
 - = ungeprüfte Auszahlung
- Risikoauschluß
 - = des Treuhänders
- Sozietätsdeckung
 - = Risikoauschluß eines Sozies

Verzug

- des Steuerberaters 97, 150

Vorberater

- Mandatsübernahme 97, 3

Vorteilsausgleichung

- Privatgutachten, überflüssiges 97, 62

Werbeverbot

- Bürogemeinschaft RA, StB 97, 50
- Internationale Sozietät 97, 2
- Messestand 97, 51
- Praxisbroschüre 97, 51

Wiedereinsetzung

- Antrag
 - = Frist, § 234 Abs. 1 ZPO
- Berufungsbegründungsfrist (s. dort) 97, 164

- Fristenkontrolle (s. dort)		BayOLG v. 2.8.1996 – 3 Z BR 73/96	97, 102
= Fristversäumnis, unverschuldetes –		= ZIP 1996, 1702	
Erkrankung der Ehefrau	97, 2	Brandenburgisches OLG v. 20.6.1995	97, 165
- Rechtsirrtum	97, 106	= 6 W 5/95	
= Revisionsfrist		OLG Braunschweig v. 8.3.1996 – Ss (B) 100/95	97, 93
Wirtschaftsprüfer		= wistra 1996, 319	
- Partnerschaft	97, 102	OLG Celle v. 9.2.1994 – 3 U 83/93	97, 132
Zugang		= DSiR 1994, 630	
- Zugangsvermutung, § 122 AO	97, 51	OLG Celle v. 26.4.1996 – 2 Ss (Owi) 95/96	97, 154
= Berechnung der Drei-Tages-Frist		= wistra 1996, 320	
= Postfach	97, 106	OLG Celle v. 5.6.1996 – 13 U 263/95, n. rkr.	97, 51
= Zweifel am Zugang		= DSiR 1996, 1223	
		OLG Celle v. 18.12.1996 – 3 U 35/96	97, 128
		OLG Düsseldorf v. 12.1.1995 – 13 U 90/93	97, 45
		OLG Düsseldorf v. 8.2.1995 – 15 U 215/93	97, 39
		OLG Düsseldorf v. 8.2.1996 – 13 U 38/95	97, 23
		OLG Düsseldorf v. 14.3.1996 – 13 U 3/95	97, 69
	97, 2	OLG Düsseldorf v. 20.6.1996 – 13 U 100/95	97, 150
		OLG Düsseldorf v. 5.12.1996 – 13 U 217/95	97, 167
BGH v. 25.4.1996 – I ZR 106/94	97, 124	OLG Düsseldorf v. 12.12.1996 – 13 U 208/95	97, 152
= AnwBI 1996, 471	97, 16	OLG Hamm v. 30.5.1995 – 28 U 26/95	97, 25
BGH v. 9.5.1996 – IX ZR 244/95		OLG Hamm v. 22.9.1995 – 20 U 38/95	97, 36
BGH v. 20.6.1996 – IX ZR 106/95	97, 57	= AnwBI 1996, 237	
= NJW 1996, 2929 = WM 1996, 1832		OLG Hamm v. 13.12.1995 – 25 U 19/95	97, 141
= AnwBI 1996, 637	97, 60	OLG Hamm v. 26.9.1996 – 15 W 151/96	97, 153
BGH v. 2.7.1996 – IX ZR 299/95		= GmbH-StB 1997, 37	
= NJW 1996, 3009 = WM 1996, 2071	97, 164	OLG Hamm v. 6.11.1996 – 25 U 47/96	97, 175
= DB 1996, 1868	97, 11	OLG Köln v. 22.4.1993 – 1 U 63/92	97, 169
BGH v. 4.7.1996 – VII ZB 14/96		OLG Köln v. 21.3.1996 – 18 U 100/95	97, 71
= NJW 1996, 3155 = VersR 1997, 132	97, 62	OLG Köln v. 3.5.1996 – 11 U 252/95	97, 147
= BB 1996, 2168	97, 107	= StB 1997, 77	
BGH v. 9.10.1996 – XII ZB 152/96	97, 6	OLG Köln v. 8.5.1996 – 27 U 81/95	97, 177
BGH v. 10.10.1996 – III ZR 205/95		OLG Zweibrücken v. 16.1.1997 – 4 U 47/96	97, 117
= NJW 1997, 47 = DB 1997, 89 = ZIP 1996, 2113			
BGH v. 10.10.1996 – IX ZR 294/95	97, 55	LG Berlin v. 16.7.1996 – 36 O 789/95, n. rkr.	97, 2
= NJW 1997, 250 = WM 1997, 72	97, 32	LG Bochum v. 30.9.1996 – 3 O 163/96	97, 173
BGH v. 10.10.1996 – VII ZB 31/95	97, 29	LG Darmstadt v. 16.3.1996 – 2 O 520/95	97, 51
BGH v. 17.10.1996 – IX ZR 37/96	97, 133	= DSiR 1996, 1584	
= NJW 1997, 188 = WM 1996, 2244	97, 109	LG Düsseldorf v. 9.11.1994 – 11 O 645/93	97, 97
= DSiR 1997, 39		LG Düsseldorf v. 17.8.1995 – 45 StL 8/95, rkr.	97, 50
BGH v. 24.10.1996 – IX ZR 4/96	97, 113	= DSiR 1996, 847	
= NJW 1997, 254 = WM 1997, 77 = BB 1997, 16	97, 83	LG Saarbrücken v. 19.4.1995 – 9 O 463/94	97, 96
= DB 1997, 224	97, 81		
BGH v. 24.10.1996 – VII ZB 25/96			
BGH v. 14.11.1996 – IX ZR 215/95	97, 159	BFH v. 7.12.1995 – III R 12/91	97, 3
= NJW 1997, 518 = WM 1997, 328		= BFH/NV 1996, 680	
BGH v. 21.11.1996 – IX ZR 159/95		BFH v. 13.2.1996 – VII B 245/95	97, 2
= NJW 1997, 516 = WM 1997, 330 = Wpg 1997, 98		= BFH/NV 1996, 657	
BGH v. 21.11.1996 – IX ZR 182/95		BFH v. 16.2.1996 – I R 61/95	97, 179
BGH v. 28.11.1996 – IX ZR 39/96		= BFH/NV 1996, 708	
= NJW 1997, 1302 = WM 1997, 321			
= MDR 1997, 398			
BGH v. 5.12.1996 – IX ZR 61/96			
= NJW 1997, 1001 = WM 1997, 333			
BGH v. 12.12.1996 – IX ZR 214/95			
= NJW 1997, 1008 = WM 1997, 335			
= DB 1997, 673			
BGH v. 19.12.1996 – IX ZR 327/95			
= WM 1997, 359 = NJW 1997, 1235			
= DSiR 1997, 271			
BGH v. 15.4.1997 – IX ZR 70/96			

BFH v. 26.3.1996 – IX R 62/93 = BFH/NV 1996, 797	97, 50
BFH v. 1.4.1996 – X R 97/95 = BFH/NV 1997, 90	97, 106
BFH v. 22.4.1996 – XI B 2/96 = BFH/NV 1996, 727	97, 50
BFH v. 29.5.1996 – 1 R 42/95 = BFH/NV 1997, 1	97, 54
BFH v. 26.6.1996 – X R 97/95 = BFH/NV 1997, 90	97, 106
BFH v. 13.8.1996 – II B 73/96 = BFH/NV 1997, 57	97, 78
BFH v. 23.8.1996 – IV B 123/95 = BFH/NV 1997, 141	97, 102
BFH v. 15.10.1996 – IX R 6/95 = BFH/NV 1997, 285	97, 149

FG Berlin v. 23.6.1995 – III 283/92 Revision eingelegt – AZ beim BFH: IV R 36/96	97, 50
FG Münster v. 29.11.1994 – 15 K 3383/89 U	97, 46

AG Hannover v. 24.1.1995 – 503 C 16463/93	97, 171
AG Mannheim v. 6.11.1996 – AR 366/95 = WPK-Mitt 1997, 69	97, 102
AG Potsdam v. 15.2.1996 – 22 C 487/95, rkr. = DStR 1996, 1063	97, 50

OFD Hannover, VfG.v. 2.1.1997 – S 0284 – 25 – St H 551 = LEXinform 0138160	97, 158
--	---------

BdF-Schreiben v. 14.3.1997 – IV B 2 – S 2244 – 3/97	97, 154
--	---------

Vorschau auf 8/97

*Anwaltsvertrag: Inhalt, Auslegung, Mitverschulden (BGH);
Dritthaftung des Steuerberaters: Kreditgebende Bank, Schutzbereich des StB-Vertrages,
Mandantenangaben zu Warenvorräten (OLG München);
Untreue des Rechtsanwalts: Vermögensinteressen, Faktische Herrschaft (BGH)*

**Dieser Ausgabe liegt ein Merkblatt zur steuerlichen Behandlung
von Unfallversicherungen bei.**



Neu und auf CD-ROM: Der Mandatsvertrag Das elektronische GI-Rechtsprechungsarchiv 1980 – 1997

**Welche Rechte und Pflichten haben Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte gegenüber
ihren Mandanten, deren Kreditgebern, Lieferanten und gegenüber Kollegen?**

**Die GI-Gesamtausgabe auf CD-ROM zeigt anhand zum Teil sonst nicht veröffentlichter
Rechtsprechung der Jahre 1980 – 1997 die Grenzen und Risiken des Berufsalltags auf, zum Beispiel
bei folgenden Themen: Beratungsrisiko, Belehrungspflicht, Haftung, Versicherungsschutz,
Honorar, Zurückbehaltungsrecht, Büroorganisation etc.**

**Der ausführliche Stichwort- und Entscheidungsindex sowie die Volltextsuche erschließen die
Urteile für eine komfortable Recherche und den schnellen Zugriff auf Sachthemen.**

I M P R E S S U M

**GI – Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende,
rechts- und steuerberatende Berufe**

ISSN 1430 – 550 X

Herausgeber:

Gerling-Konzern Versicherungs-Beteiligungs AG
Unternehmenskommunikation
50597 Köln
Telefon: (02 21) 144-72 98
Telefax: (02 21) 144-51 27

Redaktion:

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt –
Fachanwalt für Steuerrecht (verantwortlich),
Monika Reifferscheid M. A.

Erscheinungsweise:

12 mal im Jahr, jeweils am 10. des Monats

Layout und Satz:

Type Connection, Erfstadt

Druck:

Pilgram Druck GmbH, Rösrath

Bezugsmöglichkeiten:

Nur im Jahresabonnement.
Preis: DM 96,- jährlich inklusive Mehrwertsteuer
und Versandkosten.
Die Postgebühren sind jeweils eingeschlossen.
Bestellungen nimmt der Herausgeber entgegen.

Nachdruck:

Nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung.